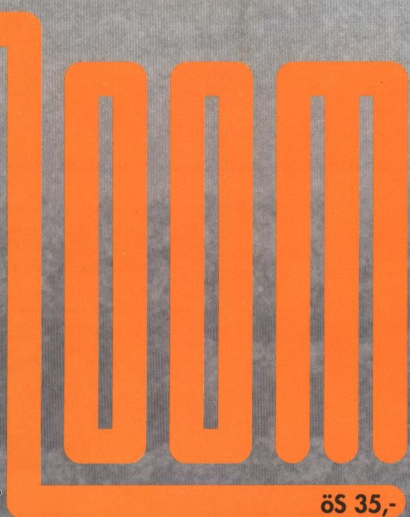


3/96



öS 35,-

Zeitschrift für Politik und Kultur



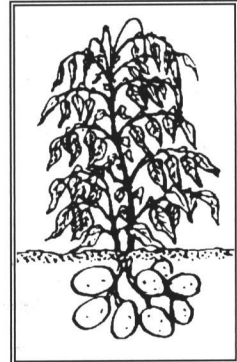
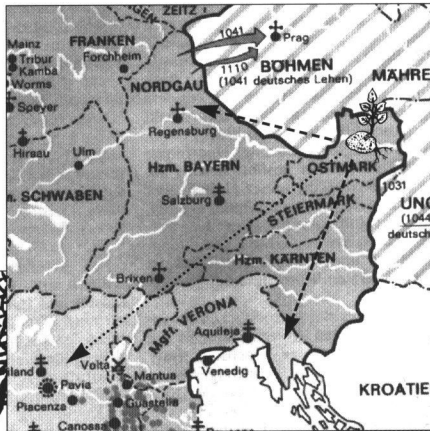
Vormals EKG und ZAM

Landwirtschaft

Gemüse IV

Vom Hexenkraut zum Hauptnahrungsmittel oder Geschichte eines legendären Aufstieges

997: Nach drei verheerenden Hungerjahren befiehlt der dt. Kaiser Otto III. per kaiserlichem Dekret den versuchsweisen Anbau der bis dahin in ihrem Nutzen stark unterbewerteten Kartoffel im Gebiet der Ostmark. Der damit beauftragte Herzog Berchtold prägt alsbald, vom Erfolg dieser Unternehmung beflügelt, den Spruch "TU FELIX AUSTRIA PATA-TE". Mit der Verkündung des Gottesfriedens (Pax Dei) durch den Klerus im Jahre 1040 (Waffenruhe von Mittwochabend bis Montagmorgen u. an allen Festtagen, somit Kampf nur an 90 Tagen im Jahr möglich; weiters Schutz für Geistliche, Ackerbauern, Reisende und Frauen) steht der Eroberung ganz Europas durch die Kartoffel nichts mehr im Wege. (siehe auch Karte rechts)



Die Geschichte der Kartoffel



Schon früh sind die Tätigkeiten des täglichen Lebens und der Arbeit auch Thema künstlerischer Auseinandersetzung. Die Abbildung oben ist aus "Nutz der Ding" (1256), einem "Bestseller" der Frühzeit, und zeigt einen Aufseher bei der Unterweisung eines Bauern in der rechten Art des Kartoffelanbaus. (16)



Die Faszination der Behandlung und Darstellung des einfachen Lebens ist bis in unsere Tage ungebrochen. Das Bild o. weist sogar im Titel auf die Kartoffel hin, deren Bedeutung unterstreichend. Ausschnitt aus "Die Kartoffelfresser", 1876; Vinzenz Gogelmoser geb. 23.4. 1843 Neulengbach - gest.: 5. 9. 1918 Purkersdorf.



Wußten sie, daß die Entdeckung Amerikas eigentlich der Kartoffel zu verdanken ist? Erst durch die besonderen Eigenschaften der Kartoffel (Lagerfähigkeit, hoher Anteil an Vitamin C - damit dem gefährlichen Skorbut vorbeugend) wurden so lange Schiffsreisen überhaupt erst möglich. Die in der neuen Welt unbekannte Nutzpflanze verbreitete sich rasch, und löste dabei die wenigen und ertragschwächeren Kulturpflanzen ab. Abb. li.: "In diesem Faksimile aus dem Codex Tudela (im Museo de América in Madrid) ist eine Eingeborene dieses Volkes (der Tarasken; Ann. Verf.) dargestellt. Sie ist mit einer langen Tunika bekleidet und trägt auf dem Kopf ein Gefäß mit Feldfrüchten."



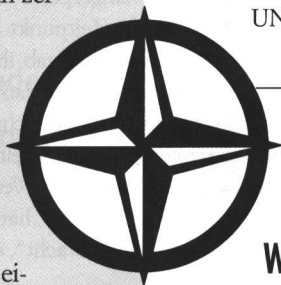
Die Einwohner Südamerikas gedenken noch heute des großen Entdeckers Chr. Columbus. Li. eine Briefm., die Christoph Columbus beim Pflanzen der ersten Kartoffel in der neuen Welt am Strand von Peru zeigt.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Strategen des Verteidigungsministeriums haben es eilig, einen Beschluß über einen österreichischen NATO-Beitritt herbeizuführen. Wenn es nicht schnell zu einer Entscheidung kommt, droht das nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes aufgebaute Argument für eine NATO-Mitgliedschaft wieder zusammenzuberechen. Daß Österreich aus seiner Lage zwischen zwei Blöcken, aus der die Neutralität begründet wurde, in eine Randlage, grenzend an ein zerfallendes, unsicheres Osteuropa, geriet, kann jederzeit mit einem konkreten Erweiterungsplan der EU oder der NATO völlig unglaublich werden. Mit verteilten Rollen – die Vorsichtigen und die Eiligen – scheint daher zur Zeit an der Abschaffung der Neutralität und einer Ebnung des Weges in die NATO gearbeitet zu werden. Daß in der Bevölkerung nach wie vor eine große Sympathie für die Neutralität und kein Drang in ein Militärbündnis besteht, auch wenn dieses im Mantel eines kollektiven Sicherheitssystems daherkommt, führt dazu, daß Wolfgang Schüssel eine Volksabstimmung zu diesen Fragen ablehnt, während Heinz Fischer mit einer solchen droht, falls die Debatte im Parlament nicht fair geführt würde. Ein Drittel der Abgeordneten könnte nämlich ein Referendum verlangen, da ein NATO- oder WEU-Beitritt eine Verfassungsänderung voraussetzen würde. Der Bevölkerung wird so wie beim EU-Beitritt wieder die Rolle der Konsumentin zugeteilt, der der erweiterte NATO-Auftrag als „NATO neu“ verkauft wird.

Im September erhalten Sie die erste **ZOOM**-Broschüre, die sich ausführlich mit den Hintergründen zu den amerikanischen Waffenlagern und den damit zusammenhängenden Nato-Aktivitäten in Europa, einschließlich Österreich, befaßt. Bei allen, die in den letzten Wochen ihr ehemaliges EKG- oder ZAM-Abo mit einem **ZOOM**-Abo erneuert haben, bedanken wir uns herzlich und wünschen allen LeserInnen einen schönen Urlaub.

Die **ZOOM**-Redaktion



KEIN ASYL

... wie ein Hund4
Fremdenpolizei: zynisch und menschenverachtend

LIBERIA

Unverpackte Schiffsladung5
Die Hintergründe des endlosen Kriegs
an der afrikanischen Westküste

ISRAEL

Sand in die Augen8
John Bunzl über die neuen Machthaber

HABITAT II

Rosa Tünche11
UNO-Weltsiedlungskonferenz in Istanbul

NATO-BEITRITT

Friedensdividende ade!12
Rüsten für den NATO-Beitritt

WÄHRUNGSUNION

Wer bezahlt die Zeche?14
Teil 2 der Analyse über die Folgen der WWU

Kurzmeldungen17

FRAUEN INS HEER

Kein Privat-Vergnügen18
... inklusive Präsentation des höchst
wundersamen Metamorphilen Hexophoniums

PORTRÄT

Keine Wäscheleinen-Welt20
Porträt der Autorin Petra Ganglbauer

O DAS

Mail art Russia22
zaum-Poesie von Rea Nikonova
und Serge Segay

ROAD MOVIE

Geheimes Leben einer Stadt23
Zwei Belgrader Filmemacher
rechnen mit dem Regime ab

Musik26

Bücher27

MUND ZU

eine rüge, bitteschön29
Markus Binder über Verkaufsprobleme

Impressum31

... wie einen Hund

„Das ist ja wie im Irak. Ich habe geglaubt, das hier ist ein demokratisches Land.“

VON CHRISTOPH RIEDL

Rahman wog noch 45 kg, als er diesen Satz sagte, seine Lippen und seine Zunge waren schneeweiß, seine Haut war kalt, wirkte brüchig, er mußte länger als sonst nach den passenden englischen Wörtern suchen.

Es war Rahmans elfter Tag in seinem zwölfwägigen Hunger- und Durststreik, an dessen Morgen er ohnmächtig geworden war. Die Freunde aus der Zelle weckten ihn, sie leerten ein wenig Wasser über seinen Kopf.

Während seiner ganzen Zeit als Schubhäftling im Polizeigefangenenhaus-Ost am Wiener Hernalser Gürtel hatte ihn kein Arzt angerührt. Ärzte sah er immer nur aus einiger Entfernung. Nie wurde ihm Blut abgenommen, um zu sehen, ob seine Nieren überhaupt noch funktionieren.

Über Intervention im Ministerbüro erreichten wir die Zusage, daß Rahman nach seiner Asyleinvernahme freikommen werde. Telefonisch überredete ich ihn am zwölften Tag seines Hunger- und Durststreiks, als sein Zustand schon längst lebensbedrohlich war, diesen abzubrechen. Drei Tage später, am Tag der Einvernahme, wurde Rahman gegen 17 Uhr ohne ärztliche Versorgung auf die Straße gestellt. Sein letztes Geld, 100,- DM, hatte längst die Gendarmerie beschlagnahmt.

Bis zu diesem Tag glaubte ich nicht, daß der Zynismus und die Menschenverachtung, mit der man in diesem Land Flüchtlingen begegnet, noch eine Steigerung erfahren könnten.

Gleichzeitig mit Rahmans Asyleinvernahme wurde auch sein Freund Mustafa ins Bundesasylamt Wien zur Einvernahme gebracht. Man setzte Mustafa in den berüchtig-

ten „Gitterkäfig“ des Asylamts, in dem Flüchtlinge auf ihre Einvernahme warten müssen.

Mustafa krümmte sich vor Schmerzen. Er hatte vor über einer Woche einen 6 cm langen Löffelstiel geschluckt. Mustafa konnte, wie alle Flüchtlinge in Schubhaft, nicht verstehen, warum er eingesperrt ist. Auch er war zu diesem Zeitpunkt im Hungerstreik. Ein Sanitäter gab ihm eine Ohrfeige. Mustafa wußte, daß er nicht zurückschlagen darf, also richtete er die Aggression gegen sich selbst und schluckte einen Löffel. „Wenn ich eine Rasierklinge gehabt hätte, dann hätte ich mich umgebracht“, erzählte er später.

Man brachte ihn ins Krankenhaus, machte ein Röntgenbild und brachte ihn wieder zurück in die Schubhaft. Mustafa wurde in eine Einzelzelle gesteckt. Als ich ihn besuchte, hatte er alle Fingernägel bis zur Hälfte abgekaut. Mustafa bekam Schmerzen, er sagte dem Sanitäter, daß er einen Arzt brauche. Niemand kam. Auch am nächsten Tag nicht. Der Arzt war im Haus, kam aber nicht zu ihm. Mustafa bat an diesem Tag vier Mal darum, er hatte starke Schmerzen. Eine Sanitäterin kam, gab ihm ein Schmerzmittel und sagte: „Reiß’ dich zusammen.“ Den ganzen nächsten Tag half ihm auch niemand, am darauffolgenden Tag wurde er endlich zum Arzt geführt, doch der sagte nur: „Schleich dich.“ Und ordnete neuerlich die Einzelhaft an. Aus Verzweiflung schluckte Mustafa noch einen Löffel.

Am nächsten Tag sollte die Einvernahme im Bundesasylamt stattfinden. Mustafa saß im Gitterkäfig und sagte: „Sie behandeln mich wie einen Hund!“ Ich brach die Einvernahme wegen Vernehmungsunfähigkeit ab und forderte die sofortige Einlieferung meines Klienten in ein Krankenhaus. Anstatt einen Krankenwagen zu rufen, wurde Mustafa wieder von der Polizei abgeführt und ins Krankenhaus eskortiert. Dort stellte man am Röntgenbild fest, daß sich beide Löffel im Magen befanden, veranlaßte jedoch keine sta-

tionäre Aufnahme. Die Polizei brachte ihn zurück in die Einzelzelle.

Inzwischen wurde Mustafa aus der Einzelzelle entlassen, bis Redaktionsschluß saß er allerdings noch immer in Schubhaft. Die Deserteursberatung Wien hat aufgrund dieser Vorfälle der Staatsanwaltschaft eine Sachverhaltsdarstellung wegen unterlassener Hilfeleistung übermittelt.

Mustafa und Rahman hatten gute Fluchtgründe. Mustafa ist aus der Armee, wo er in einer Waffenfabrik arbeiten mußte, desertiert. Rahman ist Künstler und war aufgrund seiner regimiekritischen Betätigung schon eine Woche im Gewahrsam des Staatssicherheitsdienstes. Weil er sich weiter regimiekritisch betätigte, riet ihm sein Uni-Professor zur sofortigen Flucht.

Während die eine österreichische Behörde gerade im Begriff ist, die Asylanträge der beiden Flüchtlinge zu prüfen, bereitet die andere die Abschiebung vor. Zitat des zuständigen Fremdenpolizisten: „Die Schubhaft endet entweder mit der Haftunfähigkeit oder mit der Abschiebung.“ Hätten die beiden gültige Reisedokumente, wären sie wohl längst abgeschoben – lange bevor es ihnen überhaupt gelungen wäre, in Österreich ein Asylverfahren einzuleiten.

Als Mindeststrafe droht beiden bei ihrer Abschiebung in den Irak die Amputation des linken Ohres und das Einbrennen eines Brandzeichens auf die Stirn. Viel wahrscheinlicher ist allerdings die Todesstrafe, nicht zuletzt deshalb, weil die Fremdenpolizei bei der irakischen Botschaft um ein Heimreisezertifikat angesucht hat. Iraker, die im Ausland Asyl beantragen, werden als Hochverräter angeklagt, worauf die Todesstrafe steht.

Der Ausgang der Asylverfahren ist höchst ungewiß. Die Fremdenpolizei hofft auf eine Abschiebung nach Jordanien, wo sie dann entweder weitergeschoben oder vom irakischen Geheimdienst liquidiert werden. ■

Christoph Riedl betreut Flüchtlinge im Rahmen der Deserteursberatung Wien.

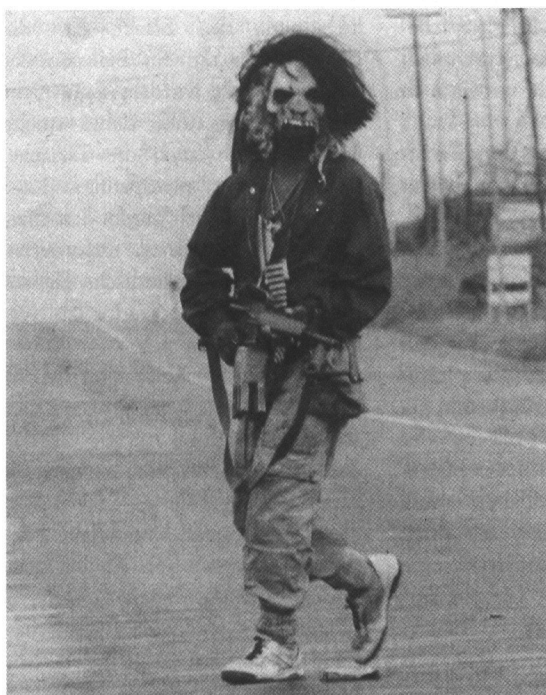
Unverpackte Schiffsladung

Geschichtsverfälschung und paradoxe Darstellungen der Flüchtlingsdramen beherrschten die Berichterstattung über Liberia. Während LiberianerInnen auf überfüllten Schiffen im Meer herumirrten und nirgends landen durften, wurden AmerikanerInnen und EuropäerInnen über die Luftbrücke der US-Militärs ausgeflogen.

VON JULIA HOŠEK

Anfang des 19. Jahrhunderts fühlten sich US-AmerikanerInnen von den zu vielen freigelassenen beziehungsweise freigekauften SklavInnen und der somit potentiellen Gefahr eines Aufstands bedroht. So wurde die Idee geboren,

Maskierter
Milizsoldat



die ehemaligen SklavInnen in ihre vermeintliche Heimat zurückzubringen. Amerikanische Rechts- und Verfassungsstrukturen, Sprache und Lebenskultur wurden mitgenommen – amerikanische Kulturgüter konnten so auch am afrikanischen Kontinent angesiedelt werden.

Um 1820 begannen staatlich unterstützte Kolonisationsgesellschaften, darunter die „American Colonization Society“, mit der Gründung von Siedlungen an der Küste des heutigen Liberia, wo aufgrund der dünnen Besiedlung nur mit geringem Widerstand der autochthonen Bevölkerung zu rechnen war. Die Namen der Siedlungen zeigten einen deutlichen Bezug zu den USA und betonten die christliche Religion: Das Militärlager wurde „Christopolis“ genannt, die von ihnen bewohnte Insel „Bushrod Island“ – nach Bushrod Washington, der der „American Colonization Society“ vorstand –, die Stadt nach Präsident Monroe „Monrovia“. 1839 schlossen sich die meisten Siedlungskolonien im „Commonwealth of Liberia“ zusammen, dessen Verfassung von der Harvard Universität ausgearbeitet wurde.

Das „Land der Freien“

Die schwarzen amerikanischen SiedlerInnen erklärten unter Joseph Jenkins Roberts am 16.7.1847 ihre Unabhängigkeit. 15.386 ehemalige SklavInnen wurden zwischen 1820 und 1899 aus den USA nach Liberia gebracht, dazu kamen etwa 6000 Schwarze, die von der britischen Flotte von illegalen Sklavenschiffen befreit wurden. Die Americo-LiberianerInnen hatten es relativ leicht, ihre Vormacht zu behaupten, da die autochthone Bevölkerung aus mehreren kleinen unterschiedlichen Gruppen bestand. Die Gegensätze verschärften sich zunehmend. Die Nachfahren der amerikanischen SiedlerInnen machen nur etwa 3–5 % der Gesamtbevölkerung aus, sind jedoch die staatstragende Gruppe, die für sich 61,7 % des

Staatseinkommens beansprucht, während den untersten 20 % der Bevölkerung nur 5,3 % zukommen. Die americo-liberianische „True Whig Party“ stellte seit 1884 alle Präsidenten und sicherte mit Patronagesystem und Korruption ihre Herrschaft ab. Erst 1945 erhielten die Afro-LiberianerInnen das Wahlrecht.

Die liberianische Entwicklungspolitik ging über die Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung hinweg, die zu 70 % auf dem Land lebte und dort Subsistenzwirtschaft betrieb. Die Regierung wahrte die Interessen des in- und ausländischen Kapitals. Das Gefälle zwischen Hinterland und Küstenregion wurde verschärft, die Arbeitslosigkeit in den Städten (Monrovia 70 %) stieg, und Nahrungsmittel mußten importiert werden. All das, obwohl Liberia ein reiches Land ist: Eisenerze, Kautschuk, fruchtbarer Boden und gutes Klima, fischreiche Küstengewässer. Doch die Einkünfte flossen vor allem ins Ausland, Eisenerzabbau wurde von transnationalen Konzernen kontrolliert, ausländische Konzessionsplanungen bestimmten den Markt.

Wie jede stark von außen abhängige Wirtschaft geriet auch die liberianische mit der Weltrezession in den Achtzigern in die Krise, die man mittels Sanierungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF) und US-amerikanischer Wirtschaftshilfe zu überwinden versuchte.

Die politische Scheinstabilität begann durch aufkeimende Opposition zu wanken: Protestaktionen der Gewerkschaftsbewegung, die „Reisunruhen“ 1979 und die „Osterunruhen“ 1980.

Am 18.4.1980 putschten untere Dienstgrade der Armee, Angehörige der Bevölkerungsmehrheit, unter der Führung des damals 28jährigen Samuel K. Doe. Vor laufenden Kameras ließ Doe seinen Vorgänger Tolbert und dreizehn weitere Regierungsvertreter hinrichten. Doe wurde Regierungschef, und man gründete ein achtzehnköpfiges „People's Redemp-



George Weah –
„King of World
Football“
ist der berühmteste
Liberianer
(in einem Jahr
„Best Player of“
Europa, Afrika und
der ganzen Welt)

tion Council“. Doch Veränderungen blieben aus. Einerseits waren die Militärs wohl zu unerfahren in Politik und Wirtschaft, andererseits konnten sie dem Druck des IWF und der USA nicht standhalten. Die Reagan-Regierung leistete neben Wirtschaftshilfe auch massive Militärhilfe. Mit dem Bau von komfortablen Armeeunterkünften, Waffenlieferungen, der Entsendung von Elitetruppen und Ausbilden und gemeinsamen jährlichen liberianisch-amerikanischen Manövern wurden die proamerikanischen Kreise korrumpiert und Gedanken der Self-reliance* sowie der Blockfreiheit im Keim erstickt. Im Juli 1984 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, und die darauffolgenden Wahlen im Oktober 1985 bestätigten Doe als Präsident. Putschversuche wurden immer wieder niedergeschlagen, Oppositionsparteien abgewürgt. Die afro-liberianische Regierung war proamerikanischer als die americo-liberianische. Zum Beispiel setzte die Regierung am 16.3.1988 US-amerikanische Berater an die Spitze des Finanzministeriums – offiziell eine Maßnahme gegen Abwesenheit vom Arbeitsplatz und gegen Korruption. Auch die Repres-

sionen verschärften sich. Im selben Jahr wurden zwei Tageszeitungen verboten. Zudem kam es immer wieder zu StudentInnenunruhen.

Der siebente Putsch

Der frühere Regierungsfunktionär Charles Taylor fiel 1989 mit Milizen von der Côte d'Ivoire aus in Liberia ein. Diese Rebellion mündete in den Bürgerkrieg, der seit damals andauert. Auch Taylor ließ später Doe zu Tode foltern. Selbst während des Bürgerkriegs wurden Kautschuk wie Diamanten exportiert. Der Exporterlös kam entweder auf Auslandskonten Taylors oder, da ja nachgerüstet werden mußte, auf die Konten der Waffenlieferanten.

Über 150.000 Menschen wurden in diesem Krieg bisher getötet. Ungefähr die Hälfte der Gesamtbevölkerung von 2,5 Millionen ist aus Liberia geflohen. Aufgrund diplomatischer Bemühungen der Nachbarländer und des Drucks der UNO kam es im August 1995 zum dreizehnten Friedensabkommen seit Beginn des Bürgerkriegs. Eine Übergangsregierung wurde geschaffen, im sechsköpfigen Regierungsrat saßen Vertreter der mittlerweile sieben untereinander verfeindeten Milizen. Doch bereits Ende 1995 zeichnete sich der Konflikt erneut ab. Ein ECOMOG-Posten wurde überfallen. Die ECOMOG-Truppen sind Schutztruppen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS), die zur „Friedenssicherung“ in Liberia stationiert wurden und in der Hauptstadt Monrovia auch Polizeifunktion haben.

Dann sperrte einer der Machthaber, Landwirtschaftsminister Roosevelt Johnson, eine Straße ab, die von der Hauptstadt Monrovia in ein Gebiet führt, das sein politischer Gegner, Charles Taylor, kontrollierte. Daraufhin schloß die Regierung den Landwirtschaftsminister aus. Johnson wurde mit einem Haftbefehl gesucht, da er den neuen Milizchef, der ihn an der Spitze der ULIMO-J-Miliz ablöste, ermordet haben soll. Johnson verschanzte sich mit seinen Anhängern in der Barclay-Kaserne und nahm ungefähr 600 Geiseln, darunter ECOMOG-Soldaten, ZivilistInnen und auch AusländerInnen. Es wurden zwar immer wieder Geiseln

freigelassen, und Johnson sicherte zu, sich der UNO oder den ECOMOG-Truppen zu stellen, tat es aber nicht.

Bulk Challenge

Wer hat nicht von dem Frachter „Bulk Challenge“ gehört – wer auch immer ihm diesen Namen gab, mit „bulk“ ist unverpackte Schiffsladung gemeint –, der mit liberianischen Flüchtlingen vollgestopft zehn Tage lang vor der westafrikanischen Küste herumirrte? Die westliche Welt – die ja selbst gerade dabei ist, sich gegen Flüchtlinge abzuschotten, indem sie ihre Aufenthaltsgesetze verschärft und so manche der von Unruhen erschütterten Länder als „sichere“ verankert – forderte, daß die Nachbarländer Liberias Flüchtlinge aufnehmen sollten. Als besonders tragisch und unmenschlich wurde das Flüchtlingsdrama rezipiert, da das völlig überladene Schiff, beobachtet von US-amerikanischen Kriegsschiffen, zu sinken drohte.

Ghana hat sich diesem internationalen Druck gebeugt und die ungefähr 2000 Flüchtlinge vorübergehend aufgenommen. Doch hat sich kaum jemand überlegt, ob die Kapazität der Nachbarländer nicht erschöpft ist. In den letzten Jahren fanden laut UNHCR (UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge) 750.000 liberianische Flüchtlinge in den Nachbarländern Aufnahme.

Wie so oft hatte auch hier das von den Medien aufgegriffene Flüchtlingsdrama den Effekt, daß die Bemühungen um ein Beilegen der Krise verstärkt wurden. Eine nicht unbedeutende Rolle dabei spielte wahrscheinlich auch die Tatsache, daß es in der angespannten Lage nicht mehr möglich war, Bodenschätze und Kautschuk zu exportieren, und somit das ausländische Kapital Einbußen im Exporterlös zu verbuchen hatte.

Im UNO-Sicherheitsrat wurde beschlossen, das Mandat der Beobachtermission in Liberia (UNOMIL), das am 31. Mai ausgelaufen wäre, bis zum 31. August zu verlängern – zu diesem Zeitpunkt hätten laut Friedensabkommen schon Wahlen stattfinden sollen. Die Staats- und Regierungschefs der westafrikanischen Länder wurden aufgefordert, die ECOMOG-Soldaten zu unterstüt-

zen. Obwohl der liberianische UNO-Gesandte empfahl, die ECOMOG mit UNO-Truppen zu unterstützen, lehnte der Sicherheitsrat ab.

Mittlerweile hat das UNHCR ein neues Camp errichtet, in dem die Flüchtlinge der „Bulk Challenge“ untergebracht wurden. Die Flüchtlinge bekommen regelmäßig Mahlzeiten und werden ärztlich versorgt, doch es ist ihnen untersagt, sich außerhalb des Lagers aufzuhalten.

Leben und sterben lassen

Auch innerhalb Liberias spielen sich Flüchtlingsdramen ab. Viele Menschen wurden vertrieben, sind in die Hauptstadt Monrovia geflüchtet, wo sich die Zahl der dort lebenden Menschen in den letzten Jahren vervielfacht hat. Da in Monrovia die Kämpfe zunahmen, suchten 20.000 LiberianerInnen auf dem beziehungsweise rund um das Gelände der US-Botschaft Zuflucht. Damit war für sie auch die Hoffnung verbunden, evakuiert zu werden. Von der Botschaft aus evakuierten speziell für solche Zwecke ausgebildete Hubschrauberpiloten ihre Landsleute und EuropäerInnen. Es wurden immer nur kleine Gruppen von AmerikanerInnen gleichzeitig ausgeflogen, damit die ohnehin schon verängstigten LiberianerInnen nicht in Panik verfielen – so ein Sprecher des US-Außenministeriums. Wahrscheinlich wollten sie so unauffällig wie möglich evakuieren, da die liberianischen Milizen im Besitz von Flugabwehrwaffen sind. Über die Luftbrücke wurden mehr als 2300 „AusländerInnen“ – also AmerikanerInnen und EuropäerInnen – ausgeflogen.

Vor der Küste Liberias stationierten die Amerikaner vom Mittelmeer abgezogene Einheiten der Marine auf unbefristete Zeit zu Beobachtungszwecken. „Wir beabsichtigen nicht, daß US-Truppen in die Feindseligkeiten verwickelt werden. Unsere Streitkräfte sind aber gerüstet, amerikanischen Leben und Eigentum zu verteidigen.“ erklärte Präsident Clinton in einem Brief an den US-Kongress. Doch die Nachfahren der seinerzeit ausgebürgerten US-amerikanischen SklavInnen haben kein Recht auf den Schutz, der US-AmerikanerInnen gewährt wird. Und schon gar nicht die-

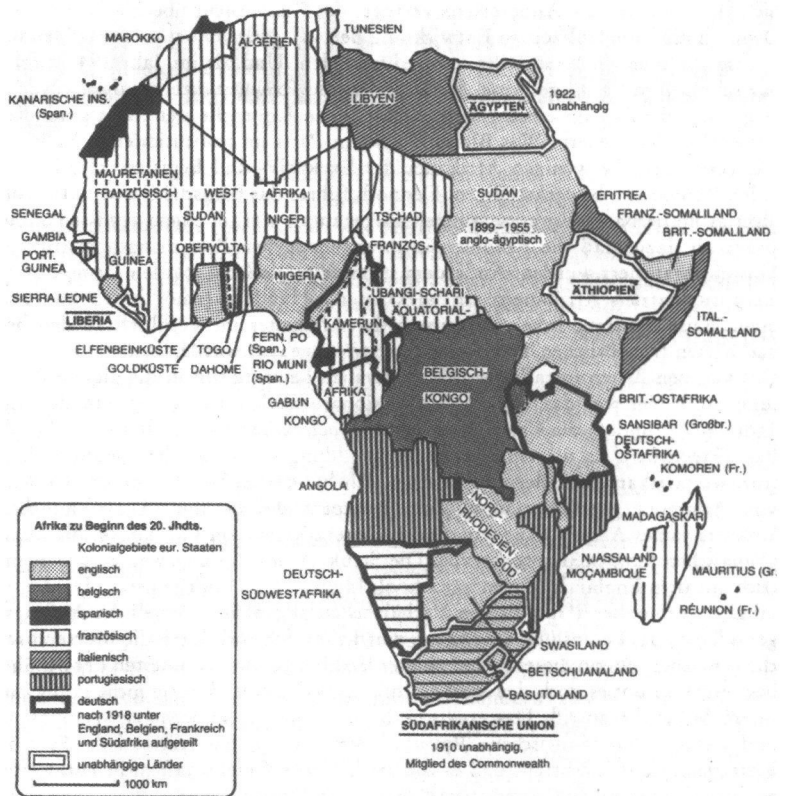
jenigen, die in keiner Verbindung zu den USA stehen. Im Greystone-Park, der gegenüber der US-Botschaft liegt – das Greystone-Viertel ist das Diplomat-Innenviertel –, wurde ein Massengrab mit ungefähr 100 Leichen gefunden. Angeblich handelt es sich dabei um Milizkämpfer und ZivilistInnen, die durch Kugeln oder Raketenangriffe gestorben sind, aber auch um zahlreiche Choleratote.

Vermittlungsversuche

Die Kämpfe rund um die US-Botschaft nahmen zu. Schwerebewaffnete Marinesoldaten wurden innerhalb der Botschaft stationiert. Die amerikanischen Marinesoldaten äußerten sich unzufrieden über die Soldaten der ECOMOG. Diese wären ihrer eigentlichen Aufgabe nicht nachgekommen, die Kämpfe zu stoppen. Stattdessen zögen sie durch die Stadt und plünderten, wo es nur ginge, und brächten ihre Beute in ihre Ursprungsländer, vor allem Nigeria. Auch die nigerianischen Zollbeamten seien mitschuldig, da sie die Frachten nicht überprüften. Tatsächlich bekamen die westafrikanischen „Weißhelme“ keinen Sold, hatten weder Unterkünfte noch Zelte, sind nicht einmal regelmäßig mit Nahrung versorgt worden.

Hingegen beschimpfte die Bevölkerung vor allem Taylor und seine Truppen als Plünderer (Geschäfte, Privathäuser und UNO-Büros). Die Beute wurde zum Teil auf ebenfalls von der UNO gestohlenen LKWs weggebracht.

Taylor rief am 17. Mai zu einer erneuten Waffenruhe auf und brach sie am nächsten Tag. Der amerikanische



Botschafter William Milam versuchte zu vermitteln. Zuerst sprach man in der Botschaft mit dem Milizchef Charles Taylor über einen von den westafrikanischen Außenministern ausgearbeiteten Friedensplan. Am nächsten Tag lud man dann Vertreter der Miliz von Roosevelt Johnson, um diese darüber zu informieren. Die ECOMOG-Soldaten nahmen strategisch wichtige Punkte in Monrovia ein, konnten so vorerst die Zivilbevölkerung von den kämpfenden Milizen trennen, dann die rivalisierenden Milizen voneinander. Mittlerweile haben sich die Milizen Taylors entzweit aus der Hauptstadt zurückgezogen.

Es gilt abzuwarten, ob diese Waffenruhe hält. Das Dilemma der liberianischen Zivilbevölkerung ist jedenfalls perfekt. Die meisten Hilfsorganisationen sind abgezogen, da es für sie zu unsicher wurde und alle Versprechungen seitens der Machthaber immer wieder gebrochen wurden. Und viele Staaten machen ihre Haltung von den konkreten Maßnahmen und dem Willen der Milizführer abhängig, das Waffenstillstandsabkommen umzusetzen. ■

* Self-Reliance: Entwicklungsstrategie, die auf dem Vertrauen auf die eigenen Ressourcen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse basiert.

Sand in die Augen

John Bunzl über die Wahlen in Israel und deren politische Auswirkungen.

ZOOM: *Die Wahlen in Israel sind geschlagen. Wie sieht die Mehrheit Netanyahus in der Knesset aus?*

John Bunzl: Netanyahu wird in erster Linie von den religiösen Parteien unterstützt, die bei den Wahlen besonders erfolgreich waren. Aber auch die Partei „Der dritte Weg“ – eine Abspaltung der Arbeiterpartei – und die Partei von Sharanskij haben von sich aus erklärt, daß sie mit Netanyahu gehen werden. Die Partei Sharanskij ist eine „single issue“-Partei (Partei, die vorwiegend ein Thema transportiert, Anm.). Sharanskij geht es

hauptsächlich um die Besserstellung der russischen Einwanderer. „Der dritte Weg“ ist eine kleinere Partei von 3–4 Abgeordneten, die – ebenfalls „single issue“ – für die Weigerung steht, sich vom Golan zurückzuziehen. Andererseits stehen sie eher zum Abkommen mit den Palästinensern als Netanyahu.

Die „Moledet“ als rechte Partei ist an der Regierung nicht beteiligt. Sie hat die Abkommen von Oslo nicht anerkannt, während der Likud und Netanyahu sie formell anerkennen. Das heißt nicht, daß Netanyahu die Abkommen durchsetzen wird oder sich an den Zeitplan halten wird. Nach außen hin steht diese Koalition aber auf dem Boden dieser internationalen Abmachungen. Andererseits gibt es genug Rechtsradikale in der Regierung, wie zum Beispiel Sharon.

Sharon steht doch für die Weiterbesiedlung der Westbank und die Besiedlung von Ostjerusalem?

Eigentlich stehen alle dafür, auch die Arbeiterpartei, obwohl sie in letzter Zeit die Besiedlung begrenzt hat und sie nur in bestimmten Teilen der besetzten Gebiete weiterführen wollte. Zumindest im Wahlkampf hat Netanyahu erklärt, daß man die ganze Siedlungsinitiative noch verstärken soll. Was Ostjerusalem betrifft, gab es nach außen hin kaum Meinungsverschiedenheiten, denn beide, Peres und Netanyahu, haben erklärt, Jerusalem sei ewige und unteilbare Hauptstadt. Bei Netanyahu ist aber eher anzunehmen, daß er das wirklich meint. Die Frage ist, ob er das durchsetzen kann – nicht auf Grund interner Hindernisse, sondern auf Grund äußerer Schwierigkeiten. Wenn er könnte, wie er wollte, dann würde er die palästinensischen Institutionen aus Ostjerusalem rauschmeißen und nicht die geringste palästinensische Repräsentanz innerhalb Jerusalems zulassen. Das hat Peres offiziell auch gesagt, aber man

wußte, daß seine Partei mit den Palästinensern verhandelt hat, um ein Modell für Jerusalem auszuarbeiten.

Netanyahu war bereits in Madrid Verhandlungsführer, wo er es zustande brachte, daß sich nichts mehr bewegt hat. Kann man vermuten, daß er bei der Umsetzung des Osloer Abkommens ähnlich vorgeht?

Das große Talent Netanyahus ist, was man im Hebräischen „Hasbara“ nennt. „Hasbara“ hat im Hebräischen viele Bedeutungen, eine davon ist: Sand in die Augen streuen. Netanyahu war lange Zeit UNO-Botschafter. Dort hat er ohne Rücksicht auf Verluste gegenüber einer von seinem Standpunkt aus feindlichen Koalition die israelische Politik verteidigt. Ihm sind die tollsten Erklärungen und Ausreden eingefallen, das heißt, er ist ein Star in „Hasbara“. In Madrid war er nicht derjenige, der die Politik gemacht hat, das war Shamir, der damalige Ministerpräsident. Netanyahu hat die israelische Politik erklärt, er war der große Medienstar. Seine Taktik könnte jetzt – ähnlich wie diejenige Shamirs – sein, die Verhandlungen zehn Jahre hinauszuzögern und in dieser Zeit die demographischen Verhältnisse so zu verändern, daß ein palästinensischer Staat nicht mehr möglich ist. Er wird auch versuchen, Arafat noch abhängiger von sich zu machen und die palästinensische Autorität jeder Substanz zu berauben, auf jeden Fall aber dafür sorgen, daß es mit der palästinensischen Autonomie nicht weitergeht, daß sie keine reale Substanz hat.

Wie ist die momentane Situation auf der Westbank?

Es ist so: Es gab zunächst einmal Oslo I, das sich nur auf Jericho und den größten Teil des Gaza-Streifens bezog, ausschließlich der Siedlungen. Und letztes Jahr im Oktober ist Oslo II beschlossen worden, das sich auf die Ausweitung der Autonomie



auf zusätzliche Städte in der Westbank und auf die meisten Dörfer bezog, wobei es aber bei den meisten Dörfern keine volle, sondern eine Teilautonomie zwischen israelischen und palästinensischen Behörden gibt. Wirklich autonom – obwohl es in der realen Situation heißt, eingekreist zu sein – sind nur die wichtigsten Städte, außer Hebron. Hebron ist übriggeblieben, weil es dort anscheinend einen Deal zwischen Peres und Arafat gab. Denn Arafat hat, um Peres keine großen Schwierigkeiten zu machen, nicht darauf gedrängt, daß Hebron noch vor den Wahlen geräumt wird, wie es hätte sein sollen. Peres hat auch einige Gesten gegenüber Arafat gesetzt, zum Beispiel als er die Delegierten zum palästinensischen Nationalrat ins Land einreisen ließ, darunter sehr berühmte und als Terroristen geltende Palästinenser. Das ist die momentane Situation. Ich glaube, daß Netanyahu die Situation, so wie sie ist, einfrieren oder unterhöhlen möchte, obwohl dies nicht leicht vorstellbar ist. Arafat verfügt trotz aller Halbheiten über eine gewisse territoriale Basis und eine Art legitime Streitmacht, die Polizei. Durch die Wahlen ist er auch legitimiert. Dadurch wird es schwieriger, das Erreichte rückgängig zu machen. Netanyahu hat Schwierigkeiten, seine Politik durchzusetzen, nicht auf Grund des Kräfteverhältnisses vor Ort – dort gibt es überhaupt kein Problem –, sondern wegen der internationalen Abmachungen. Es ist nicht nur so, daß Netanyahu knapp mit etwa einem Prozent gewonnen hat, sondern es ist leider so, daß, wenn man sich nur die jüdischen Stimmen anschaut, er dort eine bequeme Mehrheit hat. Er braucht keine Angst vor wirklichen Widerständen in der Öffentlichkeit zu haben.

Muß nicht Arafat jetzt vor dem Widerstand der PalästinenserInnen Angst haben, da auch seine Machtposition geschwächt ist?

Es ist immer schon eine sehr prekäre Machtposition gewesen. Aber anscheinend hat die Mehrheit der Palästinenser Hoffnung, daß Arafat zumindest zu einem späteren Zeitpunkt etwas bringen wird. Die

Hamas-Anschläge waren der entscheidende Faktor bei diesen Wahlen, denn vorher lag Peres laut Umfragen zwanzig Prozent vor Netanyahu. Sie haben aber nicht die Stimmung der Mehrheit der arabischen Bevölkerung ausgedrückt, im Gegenteil. Diese versuchte, auch nachher ruhig zu bleiben, um Peres keine Schwierigkeiten zu bereiten, obwohl sich ihre Lage durch die Kollektivstrafe einer totalen Sperre völlig verschlechtert hat. Die Palästinenser fragen sich nun: Wo zu haben wir das gemacht? Viele werden sagen, wir müssen wieder die Intifada beginnen. Ich glaube, daß Netanyahu auf eine solche Dynamik hofft, um palästinensische Widerstandsformen zur Steigerung der Repression zu nützen und sogar – wenn er könnte, wie er wollte – Massenausweisungen durchzuführen. Arafat versucht, sich als Garant aufzuspielen, der loyal zu den international unterschriebenen Verträgen steht und alle auffordert, sich daran zu halten.

Wie läuft es nun für die israelische Wirtschaft? Die israelischen Wirtschaftskapitäne haben mit ganzseitigen Aufrufen für die Arbeiterpartei geworben, die Kurse an der Börse sind nach dem Wahlsieg Netanyahus gefallen.

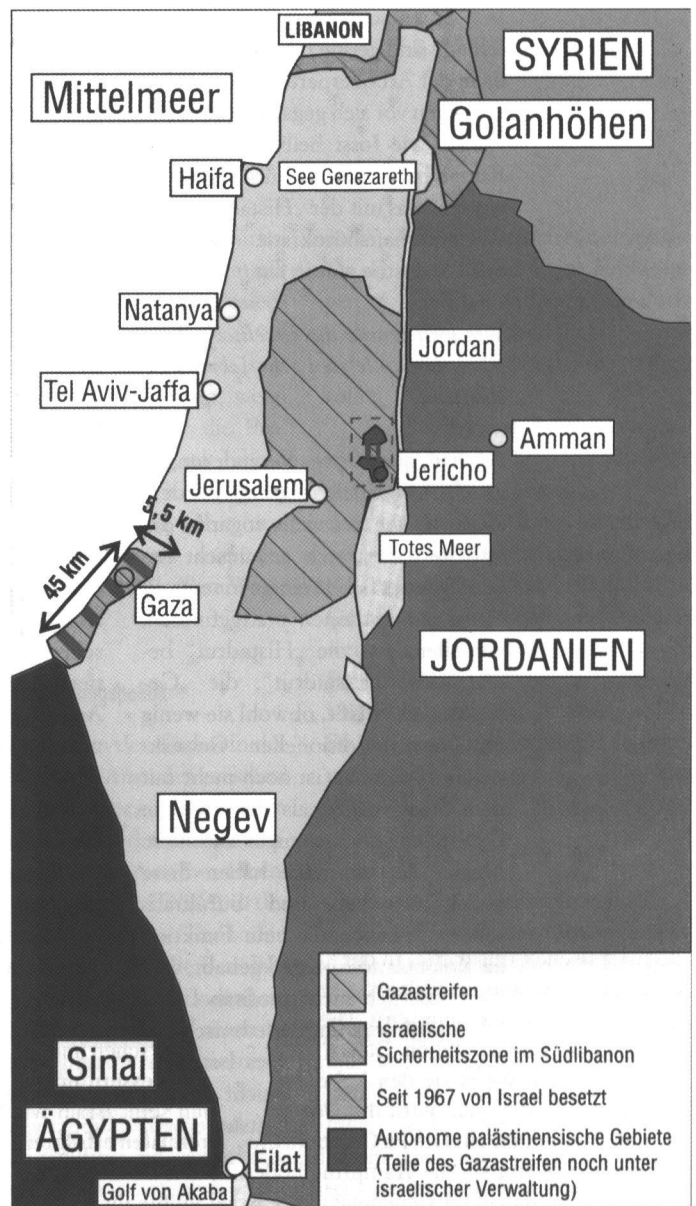
Interessanterweise, für Peres bedauerlicherweise, sind die Zunahme des Lebensstandards, die Konjunktur und die wirtschaftlichen Erfolge nicht im Zentrum des Wahlkampfes gestanden. Dann hätte Peres darauf hinweisen können, daß Israel eine der höchsten Wirtschaftswachstumsraten der westlichen Welt hat. Aber das war alles von der Frage der individuellen Sicherheit der israelischen

Bürger überschattet. Dem Argument: „Ich habe Angst, in einen Bus einzusteigen, weil Peres an der Macht ist“, ist schwer mit wirtschaftspolitischen Argumenten entgegenzutreten, obwohl dieser wirtschaftspolitische Erfolg ein möglicherweise sehr wichtiger Faktor für die bisherige, relativ große Zustimmung zu Rabin und Peres war.

Netanyahu hat im wirtschaftspolitischen Teil seines Programms der Liberalisierung, der Privatisierung und der Deregulierung das Wort gesprochen.

Auch Peres.

Es war also von beiden Seiten das Angebot an das Wirtschaftsbürgertum, das sich im Inland zu bereichern?



Ja. Die wirtschaftspolitischen Unterschiede sind gering bis nicht existent, da in der Arbeiterpartei große Veränderungen vor sich gegangen sind. Die Jungen wie Jossi Beilin und Chaim Ramon haben fast alles über Bord geworfen, was mit der „Histadrut“, der Gewerkschaftsbürokratie und der Staatsindustrie zu tun hat.

Wie weit wurde die israelische Wirtschaft in den letzten zehn Jahren entstaatlicht?

Es hat qualitative Veränderungen gegeben. Vielleicht nicht in dem Ausmaß, wie das viele, sogar in der Arbeiterpartei, sich gewünscht haben. Aber es haben einige innenpolitische Revolutionen stattgefunden, vor allem was die „Histadrut“ betrifft. Die „Histadrut“, die „Gewerkschaft“ heißt, obwohl sie wenig mit einer traditionellen Gewerkschaft zu tun hat, ist noch mehr mit dem Staat verfilzt als der ÖGB in Österreich, noch weniger autonom. Meiner Ansicht nach haben diese kollektivistischen und bürokratischen Elemente alle eine Funktion im Kolonisationsprozeß gehabt, weil dieser an sich nicht profitabel war. Damals ging es um die ethnisch homogene Besiedlung eines bestimmten Territoriums und nicht um ein profitables Wirtschaftsunternehmen. Auch die Kibbuzim hatten die Funktion, die einheimische Arbeitskraft auszugrenzen.

Einen Monat vor den Anschlägen der Hamas gab es das Massaker von Kana durch die israelische Armee. Hätte das bei der Bevölkerung nicht in die andere Richtung wirken müssen?

Ich glaube, man sollte es so sehen: Es gab zwar schon vorher Anschläge der Hamas, doch die letzten waren spektakulär, mitten in den Zentren von Tel Aviv und Jerusalem, mit vielen Toten. Wer das wirklich geplant hat, ob die wirklich gewußt haben, was das für Folgen für ihr eigenes Volk haben könnte, ist mir nicht wirklich klar. Auf jeden Fall trat dann ein Wettlauf gegen die Palästinenser ein. Hinzu kam, daß man die Anschläge nicht nur politisch diskutierte, sondern als Ausdruck der arabischen Mentalität interpretierte.

Auf diesen Wettstreit hat sich Peres eingelassen und gesagt: Ich bin härter, ich weiß, wie man das macht. Dann kamen die Anschläge der Hisbollah, und Peres, da bin ich mir ziemlich sicher, hat sich da im Libanon hineintheatern lassen, in diese Operation „Früchte des Zorns“.

Aber ist das nicht israelische Staatsräson, daß man auf Anschläge immer eine Antwort zu geben hat?

Ja, aber die Frage ist, wie und wann. Wenn man sich das genau ansieht, merkt man, daß sich die Hisbollah-Anschläge nur innerhalb der Sicherheitszone abgespielt haben. Das waren Angriffe auf israelische Soldaten, und erst auf Grund eines Zwischenfalls, der verschieden interpretiert wurde, haben diese Katjuscha-Angriffe begonnen, die zwar niemanden getötet haben, aber geschockt haben. Und dann stellte sich die Frage, wie man darauf reagiert. Auf die Scud-Raketen im Golfkrieg haben die Israelis aus politischen Gründen nicht reagiert, das kann man allerdings auch nicht vergleichen, aber es bedeutet eben nicht die Automatik. Die „Früchte des Zorns“ haben in der Bevölkerung eine völlige Zustimmung ausgelöst, sogar bei „Peace Now“ respektive der Meretz-Partei. Die Kritik hat sich nicht auf Kana bezogen, sondern darauf, daß Peres sein Ziel, die Hisbollah zu schwächen, nicht erreicht hat.

Zu den amerikanisch-israelischen Beziehungen: Muß Netanyahu auf Zeit spielen und auf einen republikanischen Wahlsieg warten? Hat er dann nicht ganz andere Optionen?

Nein. Netanyahu kennt sich in der US-Politik sehr gut aus. Der Likud hat sehr viele Freunde in der American Jewish Community und auch in Teilen der republikanischen Partei. Die Community ist aber zum überwiegenden Teil im Lager der Demokraten.

Es sind jetzt einige Meldungen in den Zeitungen über eine türkisch-israelische Kooperation im Militärbereich erschienen. Nun ist die Türkei ein Frontstaat der NATO, eine Plattform

in den Nahen Osten und den Kaukasus hinein. Wächst Israel der NATO zu?

Es ist gar nicht mehr nötig, Israel formell der NATO anzuschließen, denn Israel versteht sich selbst als strategischer Verbündeter der USA, früher als Vorposten gegen die Sowjetunion. Nun spielt Netanyahu die Karte als Vorposten gegen den islamischen Fundamentalismus. Das Abkommen mit der Türkei ist ein ganz offizielles. Ganz bestimmt gibt es geheime Klauseln, die nicht veröffentlicht wurden. Es gab nicht bestätigte Meldungen, daß während der Operation „Früchte des Zorns“ auch Stellungen der PKK im Libanon in der Bekaaebene bombardiert wurden. Das wäre ein konkreter Ausdruck dieser Kooperation gewesen. Aber es ist eine Vermutung. Andererseits weiß man nicht, wie es mit dieser starken islamistischen Partei, für die Israel ein Feindbild ist, in der Türkei weitergehen wird. Dadurch könnte diese Kooperation, NATO hin oder her, wesentlich geschwächt werden.

Kann der Konflikt um den Golan bis zu den nächsten Wahlen gelöst werden?

Das hängt davon ab, inwiefern Netanyahu das tun kann, was er im Wahlkampf gesagt hat. Der Rückzug aus dem Golan ist in Israel nicht sehr populär. Die Frage ist, wie weit die USA an einer Lösung interessiert sind und wie attraktiv das Angebot Syriens ist. Dazu kommen der Südlibanon und die Hisbollah. Syrien wird sicher einem teilweisen Rückzug vom Golan nicht zustimmen, siehe Sinaihalbinsel. Dann gäbe es noch die Überlegung eines Regimewechsels in Syrien. Auf jeden Fall wird Netanyahu einige taktische Schritte unternehmen, um den Schwarzen Peter besser zu verteilen.

Wir danken für das Gespräch.

Das Gespräch führten Glücksthal Lajos und Markus Kemmerling.

John Bunzl ist Politikwissenschaftler am Institut für Internationale Politik in Laxenburg.

Rosa Tünche

Daß die UNO die HABITAT-II-Konferenz ausgerechnet an die Türkei vergeben hat, an ein Land, das gerade in der Siedlungspolitik versagt, ist zynisch.

Daß aber während der Konferenz zweierlei Recht gegolten hat, nämlich eines für türkische und eines für ausländische StaatsbürgerInnen, war schlicht menschenverachtend.

Habitat II war grundsätzlich ein sinnvolles Unterfangen. Angesichts der sich weltweit zuspitzenden sozialen und ökologischen Situation in den großen Ballungszentren der Welt müssen neue Handlungsperspektiven zur Verwirklichung der vor 20 Jahren an der ersten Weltkonferenz aufgestellten Grundsätze (siehe Kasten) erarbeitet werden. Istanbul, der Tagungsort der Konferenz, mit einer Einwohnerzahl von 10–12 Millionen ist das beste Beispiel dafür, wie eng Probleme in den Großstädten mit Inlandflucht infolge Vertreibung durch Kriegshandlungen und Vernichtung der Lebensgrundlagen in ländlichen Gebieten zusammenhängen. Etwa 60 % der EinwohnerInnen leben in riesigen Slumgebieten (Gecekondus = über Nacht gebaut). So könn-

te man denken, daß sich die Türkei gerade wegen dieser Problematik gut für die Diskussion von Besiedlungsfragen eignet.

Problematisch und höchst fragwürdig wird es jedoch dann, wenn der Staat die Gründe für die Probleme verschweigt, einen seit Jahren dauernden heimlichen Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt und sich gegenüber Europa und der UNO mit einer blütenweißen Weste präsentiert.

Türkische Vertreibungspolitik

Seit Jahren wird in der Türkei in der Region, wo der Ausnahmezustand herrscht, in immer schnellerem Tempo eine Politik der Dorfentvölkerung und -evakuierung betrieben. Mehr als die Hälfte der Dörfer in der Osttürkei sind dem Erdboden gleichgemacht worden, die Bevölkerung wurde zur Flucht gezwungen, der Boden ist vermint, und somit ist eine Rückkehr in die angestammten Dörfer zur Zeit unmöglich. Rund drei Millionen Menschen sind aus dem Ausnahmezustandsgebiet ausgewandert, die Nomadenkultur des in der Region lebenden Volkes ist zerstört, die Tierherden sind fast gänzlich vernichtet, und weil die Wälder niedergebrannt worden sind, geht die Region einer Katastrophe entgegen. In den meisten Fällen wurden die Menschen, ohne daß sie ihr wichtigstes Hab und Gut mitnehmen konnten, zwangsdeportiert und müssen heute, zerstreut im ganzen Land, unter ungesunden und menschenunwürdigsten Bedingungen leben.

Um der Welt ihren Demokratie willen zu beweisen, hat die Türkei Einladungen an 55.000 (!) türkische Nichtregierungsorganisationen (NGO) zur Teilnahme am NGO-Forum verschickt. Darunter fallen Organisationen wie etwa die Handelskammer, Gewerkschaften, Berufsverbände, der türkische Menschenrechtsverein (IHD), aber

auch der Pferdefreundeverein. Da die Einladungen keine Erklärungen zu Habitat enthielten, wußten viele der Eingeladenen nicht, worum sich der Kongreß überhaupt drehen sollte.

Im Stadtviertel Taksim, wo sowohl die UNO-Konferenz als auch das NGO-Forum stattfanden, wurden Straßenkinder weggebracht, Gecekondus niedergewalzt, Hunde und Katzen vergiftet, Straßenhändler in Gewahrsam genommen und zum Beweis der rosatürkischen Realität die Polizeistationen mit rosaroter Farbe – kein Witz – bemalt. Die Straßen im Konferenzviertel wurden mit rosa Kies bestreut.

Türkische Demokratie im Alltag

Der Verlauf der Konferenz und alternative Veranstaltungen sowie die Polizeireaktionen auf Proteste brachten dann den Alltag türkischer Demokratie voll zu Tage. Die Konferenz einer türkischen Alternativpartei wurde nach einem halben Tag aufgelöst und polizeilich verboten. Bei Kundgebungen auf der Straße wurden mehrere hundert Menschen verhaftet, einige auch verletzt. Dabei gerieten auch – wahrscheinlich ungewollt – internationale Vertreter in die Fänge der Behörden. Auf diesem traurigen Weg konnte die Opposition die Weltöffentlichkeit auf ihre Situation auch am Rande der Konferenz ein wenig aufmerksam machen.

Der Hungerstreik politischer Gefangener in den Gefängnissen, der nunmehr länger als zwei Monate andauert, und weitere Polizeiausschreitungen bei Kundgebungen – auch während des Staatsbesuchs Klestil im Juni – brachten weitere Aufmerksamkeit für die Opfer eines vom Militär dominierten instabilen politischen Regimes. ■

Gekürzte Fassung eines in der „friedenszeitung“ (Juni 1996) erschienen Artikels. Aktualisiert von Peter Steyrer.

WAS IST HABITAT

Habitat ist eine UNO-Weltsiedlungskonferenz, welche erstmals 1976 in Kanada stattfand. Anlässlich dieser Habitat I wurde folgender Grundsatz festgelegt: Eine ausreichende, gesunde Unterkunft ist ein grundlegendes Menschenrecht. Zwanzig Jahre später sollte sich nun die Habitat II, welche im Juni dieses Jahres zum Thema „the city summit“ (Städtegipfel) in Istanbul stattfand, mit der modernen Lebensweise von Menschen in Städten und ländlichen Gebieten auseinandersetzen und zu Themen wie Wohnungsbau, Stadtplanung und Stadtentwicklung Stellung nehmen.

Friedensdividende ade!

Die Verteidigungspolitik Österreichs konzentriert sich 1996 auf die Fragestellung: Werden der Beitritt zur NATO und die dafür gewünschte Aufrüstung durchgesetzt?

VON PETER STEYRER

Außenminister Schüssel versucht sich ebenso wie die Liberalen und einige Sozialdemokraten im Tarnen und Täuschen. Sie sehen die Westeuropäische Union (WEU) als die passende Uniform einer der Neutralität entkleideten Republik. Spätestens seit der NATO-Ratstagung im Juni in Berlin kristallisiert sich deutlich heraus, daß die WEU die europäische Abteilung der NATO wird. Im Hinblick auf „Out of Area“-Einsätze behält sich die USA ein Vetorecht vor.

NATO verdoppelt Wehrbudget

Verteidigungsminister Fasslabend bekräftigte bereits im Februar seine Position, wonach der nächste Schritt in Österreichs Sicherheitspolitik der „Vollbeitritt“ zur WEU und eine „volle Kooperation mit der NATO“ sein sollte. Zudem wäre der Beitritt „ungeheuer kostensparend“ – weil man „nicht alles selbst ausprobieren“ und auch nicht alle Waffen in den erforderlichen Quantitäten selbst beschaffen müßte“. Dieses Kostenargument hätte vor allem nach dem NATO-Beitritt osteuropäischer Nachbarstaaten bei Erhaltung der neutralen Position Österreichs Gültigkeit.

Beitritts- und Mitgliedsbeitrag zur NATO werden der Republik noch um einiges teurer kommen als das neutrale Heer. Die Verteidigungsbudgets der 16 NATO-Mitgliedsländer betragen im Durchschnitt

3,3 % des Bruttoinlandsprodukts. Den höchsten Anteil hat Griechenland mit 5,6 %, den geringsten Luxemburg mit 1,1 % (siehe Tabelle). Um den NATO-Durchschnitt zu erreichen, müßte das österreichische Verteidigungsbudget von 20 Milliarden Schilling (0,9 % des BIP) auf 72 Milliarden (3,3 %) steigen. Das ist völlig unrealistisch. Eine Steigerung in eine Dimension von Belgiens Verteidigungshaushalt, worauf die Militärs und NATO-Befürworter in Österreich hoffen, hätte eine Verdoppelung auf 40 Milliarden Schilling zur Folge.

Das absehbare Aufgehen der WEU in der NATO weist in Richtung NATO-Profit für Heer und Rüstungsindustrie. Ohne daß Österreich jemals eine Friedensdividende* lukriert hat, würde ein Beitritt zu einer westeuropäischen Militärallianz einen weiteren tiefen Griff in die Staatskasse nach sich ziehen.

Im WEU-Rahmen sollen die Beitragsschlüssel für neue WEU-Mitglieder auf Ministerebene fixiert werden und die Mitglieder in ihren Verteidigungsanstrengungen binden. In Diskussion stehen 2 % des Bruttoinlandsprodukts als Untergrenze. Das läuft auf ein Subventionsprogramm für die marode westeuropäische Rüstungsindustrie durch die Mitgliedsstaaten hinaus. Großbritannien sträubt sich dagegen noch.

Aufnahmekriterien für eine NATO- und WEU-Mitgliedschaft beziehen sich auf die Steigerung der Interoperabilität (ein Modewort unter NATO-Sicherheitsexperten, was auch einfacher Zusammenarbeitsniveau genannt werden könnte) der Streitkräfte (gemeinsame Kommunikationssysteme, ...), die Harmonisierung der Wünsche und Erfordernisse im Hinblick auf standardisierte Ausrüstung. Daraus folgt für Österreich eine Aufrüstung im Bereich der Luftwaffe und der Panzertruppen. Wenn es als randgelegene Zone Mitglied in der NATO oder WEU werden würde, folgte – arbeitsteilig – die Auf-

rechterhaltung eines großen Mobilmachungsrahmens daraus (120.000 – 150.000 Soldaten). Bei der Typenauswahl für Rüstung wäre man an gewisse Firmen aus anderen Allianzstaaten gebunden. Für neue osteuropäische Teilnehmer an der Partnerschaft für den Frieden war das bereits Auflage. Österreich hat im Bereich des Beschaffungswesens Ausnahmeregelungen im „Partnership for Peace“-Abkommen mit der NATO. Jedenfalls wird der integrierte westeuropäische Rüstungsmarkt Druck auf Österreich ausüben, Beschaffungen zu tätigen – insbesondere wenn die Regierung auch eine eigene Rüstungsindustrie weiterführen und am integrierten EU-Rüstungsmarkt partizipieren will. Die jüngste vom Bundeskanzler angerissene Diskussion über die Liberalisierung der Waffenexportbestimmungen ist das aktuelle Anschauungsbeispiel, wie sich dieser Druck Bann bricht.

Die Österreichische Offiziersgesellschaft (ÖOG) – Sprachrohr der Wehrwirtschaftslobbyisten im Lande – plädiert für die Verdoppelung des Wehrbudgets auf 40 Milliarden Schilling. Aufgrund der Budgetsituation würde „das Bundesheer nicht in der Lage sein, Österreich tatsächlich zu schützen. Darüber hinaus würde aber auch kein Sicherheitssystem/Verteidigungsbündnis Interesse an der Mitgliedschaft eines Staates haben, der nicht annähernd dem europäischen Verteidigungsniveau entspricht“ (Presseaussendung vom 25. 01. 1996). In einer Diskussion über die Thesen des Innenministers zur Wehrpflicht stellte der Präsident der ÖOG, Malzacher, fest, „daß es – halte man sich an die Erfahrungen der anderen europäischen Staaten – etwa einer Verdoppelung der derzeitigen Verteidigungsausgaben bedürfe, um eine seriöse Landesverteidigung sicherstellen zu können“ (29. 02. 1996).

Die Panik der Offiziersgesellschaft ist begreiflich. Schaffen sie es nicht, so ist realistisch, daß 1997

Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien NATO-Mitglieder werden. Mit diesen Ländern als „Glacis“ kann das jetzt gepflegte Bedrohungsbild nicht mehr aufrechterhalten werden. Vielmehr wird sich dann die Frage der Repolitisierung der Beziehungen aller europäischen Staaten noch schärfer stellen. Gerade dann wäre es für den weiteren Integrationsprozeß vorstellbar und funktional, Österreich von der militärischen auf eine politische Neutralität umzustellen. Gerade dann, wenn sich immer mehr Staaten im engen Korsett der rüstungspolitischen Interessen, verkleidet als militärische Sicherheitspolitik, wiederfinden, werden unabhängige politische Akteure in Europa an Handlungsspielräumen und Bedeutung gewinnen. Soll dann eine erneute Eskalation nationalistisch aufgeheizter Konflikte weitgehend verarmter Gesellschaften – auch wegen der Rüstungspolitik – unterbunden werden, so muß ein zweiter abrüstungspolitischer Schub in Gang gesetzt werden.

Mit diesen Feststellungen wurde hoffentlich deutlich, daß der NATO-Beitritt, Wehrbudgeterhöhung und Rüstungsbeschaffungen drei Teile desselben Konzepts darstellen, das auf Erhaltung und Aufwertung der militärischen Bemühungen des Staates abzielt. Hand in Hand mit der Hegemonie der Strategen in der Sicherheitspolitik entwickelte sich die Kreativität und Handlungsfreudigkeit der Diplomaten zurück. Ihre letzte Aufgabe scheint die Wegbereitung für den Schritt in die NATO, genannt WEU, zu sein. Sich an großen Mächten anzulehnen und in Militärallianzen einzugliedern, ist eine kurzsichtige Politik mit wenig Aufwand. Mittelfristig steigt das Risiko, sich in Kriegen – Out of Area – oder in Konkurrenzkämpfen innerhalb des Bündnisses als Akteur wiederzufinden.

Beschaffungsschub im Lichte des NATO-Beitrittes

Was läßt sich aus dem Bestreben, in der NATO unterzukommen, für das Beschaffungswesen des Bundesheeres prognostizieren. Abfangjäger werden in Frankreich (Mirage) oder Deutschland (Jäger 90) gekauft. In

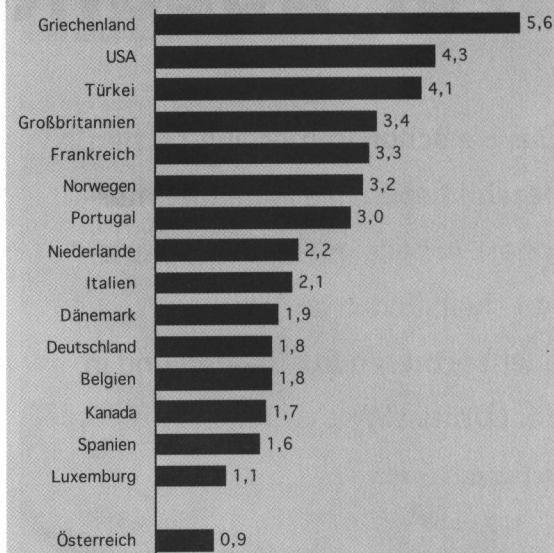
der europäischen Rüstungsindustrie gibt es Bestrebungen, die französischen und deutschen Flugzeughersteller zusammenzulegen. Die schwedische Firma SAAB sucht auch bereits die Kooperation mit der deutschen DASA. Sie droht sonst, nach dem Zusammenschluß der Giganten zerrieben zu werden. Nur ein politischer Machtkampf der SPÖ könnte diese Entscheidung in Richtung des schwedischen „Gripen“ beeinflussen. Die Kosten für neue Abfangjäger der 4. Generation sind bisher mit 12 bis 20 Milliarden vom Verteidigungsministerium dargestellt worden.

Die Typenentscheidung bei Kampfpanzern geht in Richtung des in NATO-Armeen eingeführten deutschen Leopard II. Hier bemüht sich die Gruppe Einkauf im Verteidigungsministerium um „billige“ Gebrauchtpanzer bei der niederländischen Armee. Gelingt der Deal nicht, so könnten es vielleicht doch amerikanische Kampfpanzer werden. Sie erfreuen sich in NATO-Streitkräften noch größerer Beliebtheit.

Die Entscheidung für Hubschrauber wird noch einige Zeit auf sich warten lassen. Ursprünglich war an Geräte mit zusätzlicher Transportfunktion gedacht worden. Die Sprachregelung geht inzwischen wieder in Richtung Kampf- und nicht Mehrzweckhubschrauber. Kommt Zeit, kommt der Eurocopter auf den europäischen Rüstungsmarkt – eine in Entwicklung befindliche deutsch-französische Koproduktion. Während SPÖ-Wehrsprecher Gaal im Zusammenhang mit dem Eurocopter auf Aufträge für die österreichische Wirtschaft hofft, steht auf europäischer Ebene das Projekt wegen schlechter Auftragslage insgesamt in Frage.

Bleibt noch die Beschaffung von Radpanzern und Kampfschützenpanzern. Steyr kann den Radpanzer auftrag, der bereits vor zwei Jahren beschlossen wurde, jederzeit erfüllen. Der Kampfschützenpanzer am Wunschzettel des Bundesheeres kann als Entwicklungshilfe für die Steyr-Panzerproduktion angesehen werden. Schon seit fünf Jahren plant Steyr die Entwicklung einer solchen Waffe. Alleine dessen Entwicklungskosten wurden vom Rechnungshof

Anteil des Verteidigungsbudgets der NATO-Staaten am Bruttoinlandsprodukt in Prozent



Angaben für 1994. Quelle: NATO-Handbuch 1995.

auf 1,5 Milliarden Schilling geschätzt. Dieser hat von einer solchen Entwicklung abgeraten. Ein Bundesheerauftrag über 50 Stück könnte das Projekt trotz der Einwände auf den Weg bringen.

Alles in allem können die intensivierte Beschaffungsbemühungen des Bundesheeres als Vorleistung für den Eintritt in die NATO gewertet werden. Diese Systeme erhöhen die Mobilität österreichischer Bataillone. Die durchwegs westeuropäischen Firmen, mit denen die Gruppe Einkauf im Verteidigungsministerium im Gespräch ist, produzieren für NATO-Armeen. Im Gegengeschäft erhofft man sich wiederum Aufträge europäischer Rüstungskonzerne für die österreichische Wirtschaft. Welchen Winkel im maroden europäischen Rüstungsmarkt unsere Rüstungsstrategen für die österreichischen Waffenschmieden vorgesehen haben, bleibt vorerst im Dunkeln. Aber eine richtig ordentlich ausgerüstete NATO-Truppe wird ja vielleicht mehr Aufträge erteilen können als die jetzige Jammer-Armee. Bei den Fähigkeiten unserer wehrpolitischen Strategen darf am Erfolg dieser merkwürdigen Idee gezweifelt werden. ■

* Bezeichnung für das Sinken der Wehrbudgets der westeuropäischen Industriestaaten nach Auflösung des Warschauer Pakts.

Wer bezahlt die Zeche?

Die, die schon immer alle Zechen bezahlt haben: die ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen, Ausgegrenzten, hier, in den anderen, vor allem ärmeren EU-Staaten und in der „Dritten Welt“. – Teil 2

VON DOROTHEE PIERMONT*

Da der Euro nach den Worten von Waigel und Konsorten „mindestens so stabil wie die DM“ sein soll, was die Mastrichter Konvergenz-Kriterien gewährleisten sollen, ist unter den EU-Staaten ein Wettlauf ausgebrochen, wer die öffentlichen Ausgaben am meisten reduziert, wer seine Staatsverschuldung u. a. durch Privatisierung am raschesten vermindert, wer in allen Bereichen des Sozialschutzes, Arbeits- und Rentenrechtes, der Ausgaben für das Gesundheits-, Bildungs- und Ausbildungswesen am einschneidendsten

flexibilisiert und Risiken auf den einzelnen verlagert. Warum auch sich genieren, nachdem die Systemkonkurrenz, die früher soziale und andere Zugeständnisse erforderlich machte, mit der Implosion des „realen Sozialismus“ verschwunden ist?!

Die Liste der diesbezüglichen Sumpfb Blüten in der BRD ist inzwischen schier unendlich. Sie reicht von der Kürzung von Arbeitslosengeld und -hilfe, der Kürzung der Sozialhilfe für über 60jährige, der 1., 2. und bald 3. Stufe der Gesundheitsreform, der in der Kanzlerrunde beschlossenen 40 %igen Reduzierung der Sozialausgaben bis zum Jahr 2000 (ohne Garantie auf Schaffung von Arbeitsplätzen) über die Verzinsung eines 50 %igen Anteils der jeweils vergebenen BAFöG-Darlehen¹ und geplante Studiengebühren in der Höhe von 1000,- DM pro Semester, die Privatisierung von Bundesbahn, Post, Telekom, „weil Private das alles doch sehr viel rentabler betreiben können“ (sie schließen nämlich einfach die unrentablen Linien und Bahnhöfe, verteuern die Orts- und Inlandstarife für den Normalverbraucher und machen

zum Ausgleich das Telefonieren nach Übersee – kleine Geschenke an die Wirtschaft erhalten schließlich die Freundschaft – kostendeckend billig, ...) bis zur Abschaffung der Gewerbesteuer und diversen anderen Steuergeschenken an die ohnehin schon Reichen und potentiell Investierenden, während die Lohnabhängigen – damit der Staatstopf sich aufgrund solch großzügiger Geschenke an die Habenden nicht völlig leert und so die Einhaltung der Mastricht-Kriterien in weite Ferne rückt – durch eine Mehrwertsteuererhöhung zur Kasse gebeten werden sollen. Die Liste der möglichen Gegenreformen ist, ähnlich wie die nach oben offene Richter-Skala der Erdbebenstärke, grenzenlos. Leider jedoch grenzenlos nach unten!

Wie der Herr, so's Gescherr. Auch den ArbeitnehmerInnen in anderen EU-Staaten wird ähnliches zugemutet. Man denke nur an die Massenmobilisierung in Frankreich im November und Dezember 1995 gegen den Juppé-Plan. Aber das Sprichwort gilt in noch stärkerem Maße für die ärmeren EU-Länder. Um überhaupt in einer WWU überleben zu können, forderten sie, d. h. vor allem Griechenland, Portugal, Irland, Spanien, während der Verhandlungen 1990–91 für die EU einen dem deutschen Länderfinanzausgleich ähnlichen Mechanismus. Die strikteste Ablehnung kam natürlich von seiten der Bundesrepublik, die verkündete: „Als mittelfristig anzustrebendes Leitbild ist ein nivellierendes Umverteilungsmodell als Antwort auf die Herausforderungen Europas und der Welt der falsche Ansatz. Vielmehr bedarf es (...) eines Leitbildes, das den marktmäßigen Wettbewerb der Regionen in den Mittelpunkt der Überlegungen (...) stellt. (...) Es muß der Gefahr vorgebeugt werden, daß die jeweils prosperierenden Regionen unverhältnismäßig stark mit staatlichen Abgaben belastet werden und der Wachstumstrend dieser Regionen (...) ge-

Heidi an Peter:
„Bezahlt wird
nicht!“



Foto: Renate Salkmann

schwächt wird. (...) So können auch die schwächeren Regionen von positiven Spill-over-Effekten der anderen Regionen profitieren. Der Wettbewerb der Regionen und der Wettbewerb der nationalen Wirtschaftspolitiken sind der Motor für eine dynamische Entwicklung.“² Auf solche Spill-over-Effekte, die als Brotsamen von der Herren Tische fallen, wurden auch die Länder der „Dritten Welt“ über Jahrzehnte vertröstet, mit dem Effekt, wie ein UNO-Bericht kürzlich feststellte, daß 20 % der Menschheit heute gezwungen ist, mit weniger als 1 Dollar pro Tag ein menschenunwürdiges Leben zu fristen.³ Entsprechend solchen deutschen Leitsätzen wurden die vier ärmeren EU-Staaten mit einem sogenannten Kohäsions-Fond abgespeist, der insgesamt für sieben Jahre den Gegenwert von zirka 28 Milliarden DM enthält, grob gesprochen also pro Land und Jahr 1 Milliarde DM. Spätestens wenn man diese lächerliche Summe mit den jährlich zirka 150 Milliarden DM sogenannter Transfers aus der BRD in die Ex-DDR vergleicht und sieht, was sie bewirkt – oder besser: nicht bewirkt – haben, dürfte klar sein, daß Homöopathie dieser Art aus Fliegengewichten keine Schwergewichte macht.

Nehmen wir z. B. Griechenland: Nach dem EG-Betritt, im „freien Wind der Konkurrenz“, sank das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 58 % des EG-Durchschnitts im Jahr 1980 über 54 % auf 52,5 % im Jahre 1991. Die Kaufkraft griechischer ArbeitnehmerInnen sank im Vergleich zu derjenigen in der BRD von knapp zwei Drittel 1985 auf die Hälfte 1988. Hinsichtlich der Maastricht-Kriterien sieht es für Griechenland ebenfalls düster aus: Die Inflation betrug 1991 19,5 %, das Haushaltsdefizit 17,5 % und die Staatsverschuldung 115,5 % des Bruttoinlandsprodukts. Ähnlich wie der Internationale Währungsfonds (IWF) gegenüber „überschuldeten“ Ländern der „Dritten Welt“ zwangen auch die EG-Institutionen Griechenland eine Roßkur auf, die innerhalb von drei Jahren das Haushaltsdefizit halbieren sollte. Was das für die Zukunftschancen eines Landes und seiner Jugend bedeutet, das schon damals pro Auszubildendem/r nur 28 % des EG-Durchschnitts aus-

geben konnte, liegt auf der Hand. Daß unter solchen drastischen Sparprogrammen „für Maastricht“ nicht die Kinder der Onassis-Dynastie, die sowieso in den USA studieren, zu leiden haben, sondern die der großen Mehrheit der Bevölkerung, ebenfalls.

Wer nun aber denkt, die Verschärfung der Ungleichheiten hier habe zumindest zur Folge, den verarmten Massen in der „Dritten Welt“ zu einem etwas menschenwürdigeren Leben zu verhelfen, weil hiesiges Kapital Produktion und Dienstleistungen dorthin verlagert, um von dortigen Hungerlöhnen und fehlender sozialer Absicherung zu profitieren sowie neue Märkte zu erschließen, der irrt gewaltig. Was dort passiert, ist die Zerstörung der gewachsenen Strukturen, die Einrichtung ausschließlicher Exportproduktionen gerade auch in der Landwirtschaft auf Kosten der bisherigen Subsistenzproduktion, die Schaffung von Armut, Hunger und Unterentwicklung durch westliche Investitionen und Technologien, die fortschreitende Verschlechterung der Austauschbedingungen für ihre Produkte, die erdrückende, wachsende Schuldenlast und die Wiederausbreitung von Arbeit unter Sklavenbedingungen u. a. in „Wirtschaftssonderzonen“: laut Schätzungen der UNO leben und arbeiten mehr als 200 Millionen Menschen in zirka 50 Ländern als Sklaven, und zwar mit Wissen und Duldung der internationalen Autoritäten, „ein modernes Phänomen, das mit bestimmten Entwicklungen der modernen Wirtschaft verbunden ist (...) und eine Industrie (darstellt), deren Manager ihre Büros in klimatisierten Bürotürmen“ haben⁴. Was geschieht, ist also kein Anheben der Lebensumstände dort, sondern ein Herunternivellieren der Lebensbedingungen auf „Globalisierungsniveau“ hier. Auch die WWU wird zu diesem Prozeß beitragen. Denn nur innerhalb des einheitlichen Währungsgebietes entfallen Geldumtauschkosten und Wechselkursrisiken. Bei jeder Art Handel oder Austausch mit Ländern außerhalb der EU sind sie weiterhin da. Doch werden insbesondere letztere, die Wechselkursrisiken, wie EG-Experten genüßlich darlegten, auf die Außenstehenden abgewälzt⁵, wenn in Zukunft Geschäfte in Euro getätigt



werden. Besonders einträglich (für eine insgesamt rohstoffarme Region wie die EU) sei dies, wenn auch die Preise für Öl und Rohstoffe in Euro ausgedrückt würden. Und wer, wenn nicht Länder der „Dritten Welt“, liefert Öl und Rohstoffe? Die EU könnte dann bilaterale Wechselkurschwankungen zwischen Euro und Währung des Lieferanten (oder ggf. Käufers) auf das „Dritt-(Welt)-Land“ abladen⁶. Eine weitere substantielle Verschiebung der Austauschbeziehungen zugunsten der EU!

Beim diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos war es ausgerechnet der ehemalige Direktor von „Fortune“, Marshall Loeb, der darauf hinwies, daß sich überall die Kluft zwischen den „have“ und „have not“, zwischen Habenden und Habenichtsen, vergrößere, und der von einer Globalisierung der Unterklasse und der heraufziehenden Gefahr eines großen „clash“ sprach⁷. Ein erster Vorbote waren vielleicht die Streiks im November und Dezember 1995 in Frankreich, wo die ArbeitnehmerInnen sich millionenfach gegen die von Maastricht geforderten Attacken auf ihre in langen Kämpfen unter

großen Opfern errungenen sozialen Rechte wehrten. Wen sollte eine EU nicht erzürnen, in der immer weniger immer größere immer kapitalkräftigere Riesenkonzerne zig Millionen Menschen in „deregulierten“, sprich ungesicherten Arbeitsverhältnissen gegeneinander ausspielen und mit dem sakrosankten Mittel der Konkurrenz ihre Lebensbedingungen nach unten nivellieren können? Die französischen Streikenden lehrten die Brüsseler Eurokraten und die bundesdeutschen Einpeitscher der WWU mit ihrem couragierten Widerstand das Fürchten. Gefallen ist die WWU damit noch nicht. Dazu braucht es EU-weite Mobilisierungen. Kohls „Kanzlerrunde“ ist die deutsche Antwort auf diese französische Herausforderung: In der einschüchternden Atmosphäre des Kanzleramtes sollen diejenigen, denen die Opfer aufgeladen werden, diesen gegen wohlfeile, aber unverbindliche Versprechungen zustimmen. Mehr als Krokodilstränen können dort von Kohl und Co. nicht vergossen werden, denn die schwindelnd wachsenden Arbeitslosenzahlen sind zwingende Folge der Maastricht- und Globalisierungspolitik. Die Kanzlerrunde ist ein Instrument zur Durchsetzung dieser Politik,

nicht etwa ein Instrument zu deren Abschaffung. Zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist sie daher ihrer Natur nach völlig ungeeignet.

Wenn wir davor nicht die Augen verschließen und klar sehen, daß die WWU zwar ein „Schlüsselfaktor“ ist, aber nicht, wie von der deutschen Bundesregierung behauptet, für „Beschäftigung und Wohlstand“, sondern für Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, dann ist auch klar, daß wir das Thema, unter dem der Deutschlandfunk die französischen Mobilisierungen im November diskutierte: „Ist Frankreich noch zu helfen?“, umdrehen müssen in „Kann Frankreich, d. h. die dortigen Mobilisierungen, uns helfen?“ Eine für „Monitor“⁸ gemachte Umfrage unter Langzeitarbeitslosen ergab, daß nur 15 % bzw. 31 % von CDU und SPD Abhilfe gegen die Arbeitslosigkeit erwarten, die Mehrheit von gar keiner Partei, weswegen 62 % zu Protestdemonstrationen und 24 % sogar zu Blockaden (etwa von Autobahnen o. ä.) bereit wären. Das zeigt, die Menschen wollen sich mobilisieren und warten nur auf einen Anstoß dazu. In Frankreich, wo nur zirka 5 % der ArbeitnehmerInnen gewerkschaftlich organisiert sind, kam der Anstoß nicht von den großen Ge-

werkschaften, ja nicht einmal von der KP, die sich alle zunächst eher abwartend verhielten und von der Basis erst auf Trab gebracht werden mußten.

EU-weit käme dafür einem EU- und maastrichtkritischen, von Parteien unabhängigen Netzwerk eine wichtige Rolle zu. Wer, wenn nicht wir, verfügt über die Voraussetzungen, vorhandenes Unbehagen durch Information und Aktion in Mobilisierung umzuwandeln?

Ebene der Auseinandersetzung ist dabei natürlich nicht das Abstellgleis, auf das alle Maastricht-BefürworterInnen die Debatte gerne schieben möchten: nämlich DM-Nationalismus versus Internationalismus.

Vielmehr drängen sich zwei Stoßrichtungen des Angriffs gegen die Maastricht-Union auf:

- gegen die Währungsunion als zusätzliches Mittel des Markt-Totalitarismus, des Manchester-Liberalismus und des nach unten unbegrenzten Sozialabbaus;
- gegen die Währungsunion als Instrument des deutschen Kapitals zur Erhöhung seiner Hegemonie in Europa und weltweit.

Ralf Dahrendorf, seit Jahren Professor an der Universität Oxford, sagte kürzlich in einem „Spiegel“-Interview, daß eine Welle großer Erleichterung durch Europa gehen würde, wenn die Wirtschafts- und Währungsunion nicht realisiert würde, genauso wie 1954 in Wirklichkeit niemand die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wollte und alle an dem Tage aufatmeten, als die französische Nationalversammlung sie ablehnte⁹. Tun wir das Unsrige dazu, damit die Menschen in der EU auch diesmal wieder befreit aufatmen können, weil ihnen dieses monetaristische, deutsche Europa erspart bleibt!

* Dorothee Piermont ist ehemalige Abgeordnete der Regenbogenfraktion im Europaparlament.

Volksstimme

Linke Wochenzeitung

Ich bestelle

☐	4 Nummern gratis zum Kennenlernen	öS	0,-
☐	Abonnement mit jährlicher Zahlung/ Inland	öS	400,-
☐	Abonnement mit jährlicher Zahlung/ Ausland	öS	700,-
☐	Solidaritätsabo	öS	2.000,-

Name

Adresse, PLZ, Ort

Telefon

Unterschrift

Das Abo verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird, um ein weiteres Jahr.

Kupon ausschneiden und an: Volksstimme, Kaiserstraße 67/1/DG, 1070 Wien schicken

bez. Anz.

1 Entspricht den österreichischen Stipendien.

2 Bundesministerium für Wirtschaft. Studienreihe Nr. 79, Wirtschaftspolitische Konsequenzen der Wirtschafts- und Währungsunion, Okt. 1992, S. 12-13.

3 Le Monde, 9.2.1996.

4 Zit. aus: Dominique Torrès, Esclaves. in Le Monde, 26.1.1996.

5 Europäische Wirtschaft, Nr. 44, Okt. 1990, S. 198.

6 Europäische Wirtschaft, Nr. 44, S. 203.

7 Le Monde, 6.2.1996.

8 Zit. in der Monitor-Sendung am 15.2.1996.

9 Zitiert nach Le Monde, 19.12.1995.

■ WEHRPFLICHTABSCHAFFUNG ■ IN SPANIEN

Nach dem Regierungswechsel in Spanien von den Sozialisten (PSOE) zur konservativen Partido Popular (PP) wurde auch in Spanien beschlossen, die Wehrpflicht abzuschaffen. Innerhalb der nächsten sechs Jahre soll die Umwandlung in eine Berufs- bzw. Freiwilligenarmee vollzogen werden. Die Armee und ihr Rekrutierungssystem sind in Spanien schon seit Ende der achtziger Jahre heftig umstritten. Dazu beigetragen hat sicher das schlechte Image und die geringe Akzeptanz der Armee in der Bevölkerung. Letztere drückt sich nicht nur in Umfragen aus, sondern in erster Linie in den Verweigererzahlen (Zivildienstler und Totalverweigerer), bei denen sich Spanien mit Deutschland an der europäischen Spitze befindet. Die Quote der Verweigerer, gemessen an der Zahl der für tauglich befundenen, lag in den letzten Jahren bei 32 %. 1995 schätzte die Verweigererorganisation MOC (Movimiento de objetos de conciencia) die Zahl der Totalverweigerer, die seit Beginn der Verweigerungskampagne 1988 verweigerten, auf 12.000. Auch die zum Teil äußerst strengen Urteile konnten die Verweigerer nicht abschrecken. Durch die letzte Gesetzesreform droht Totalverweigerern statt harter Gefängnisstrafen die soziale Ächtung: Sie können vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen werden, Stipendien können ihnen versagt werden usw. Totalverweigererinstitutionen bezeichnen dies als „Privatisierung der Strafe“. Jeder wird dort bestraft, wo es ihn am härtesten trifft, ohne damit jedoch öffentlich Aufsehen zu erregen. Ob es dazu in der Praxis noch kommen wird, ist fraglich, da die Bestrafung bei gleichzeitig proklamierter Abschaffung der Wehrpflicht wohl als unerträglicher Ana-

chronismus empfunden würde und die Sympathien für Verweigerer in der Bevölkerung nach wie vor groß sind.

Trotz dieses Akzeptanzdefizits im Hintergrund sind die letztlich entscheidenden Gründe für die Bildung einer Berufsmarine in militärischen Interessen zu suchen. Zunehmende Auslandseinsätze und der Wunsch nach einer ehest möglichen vollständigen Integration in die Kommandostruktur der NATO machen die militärischen Gründe für die Wehrpflichtabschaffung deutlich. Die Verweigererorganisationen sehen dies daher als Herausforderung für neue Formen antimilitaristischer Arbeit, wie z. B. die bereits in den achtziger Jahren in die Wege geleitete Kampagne zum Rüstungssteuerboykott.

mg, Quelle: 4/3 – Fachzeitschrift zur Kriegsdienstverweigerung

■ AU REVOIR BIS ZUM ■ NÄCHSTEN RENDEZ-VOUS

Auch Frankreich schafft die Wehrpflicht ab. Ab nächstem Jahr werden die jungen Männer zu einem einwöchigen „Rendez-vous“ (Chirac) vorgeladen, und ab 2002 auch die Frauen. Sinn und Zweck dieser Übung: Neben der Prüfung der „Volks-gesundheit“ der jungen Leute sollen sie auch über den Wert der Demokratie alles Notwendige erfahren, um zu mündigen StaatsbürgerInnen zu werden. Einen (noch) freiwilligen Sozialdienst dürfen beide Geschlechter dann nach Lust und Laune anhängen – wenn der Staat schon nichts gegen die Jugendarbeitslosigkeit tut, so bietet er ihnen zumindest für ein paar Monate einen schlechtbezahlten Arbeitsplatz.

Der Plan zur Abschaffung der Wehrpflicht sieht gleichzeitig folgendes vor: Aufbau einer international herzeigbaren und einsatzfähigen Kampftruppe (nichts geht mehr ohne Out of

Area), 30 %ige Reduzierung der Heeresstärke auf 350.000 (kleines, aber feines Berufs-heer), Umstrukturierungen in der Rüstungsindustrie (Privatisierung, Rückzug aus teuren Gemeinschaftsprojekten, Konzentration auf moderne Rüstungskomplexe).

Ein ambitionierter Versuch, die erste Geige in einem europäischen Verteidigungssystem spielen zu wollen.

eh, Quelle: ami 5/96

■ WER SCHREIBT SOLDATEN?

Österreicher in Bosnien suchen Kontakt. Sie fahren 400 bis 500 Kilometer am Tag, bei Temperaturen von 35 Grad dürfen sie die Fenster nicht öffnen, schwitzen in den zusätzlich gepanzerten Fahrzeugen und werden am Abend kaserniert. Die Soldaten bitten um Kontakt mit der Heimat – Schulklassen, Betriebe, Privatpersonen, Vereine können zum Inlandspporto Grüße an die Friedensstifter in Bosnien richten:

UNO-Truppe IFOR
A-1502 AUSLOG
„An einen Soldaten“

Diesem am 18. Juni in den „Niederösterreichischen Nachrichten“ erschienen Appell zur Kontaktaufnahme mit „unsere Soldaten“ schließt sich die ZOOM selbstverständlich gerne an.

■ FLÜCHTLINGSHELPER AUF ■ DER FLUCHT

Mit 15 Jahren kam Herwig Matzka zur Polizei, sein Vater bestimmte seine berufliche Zukunft. Beim Heer war er keine zwei Monate, als er wegen seiner Polizeizugehörigkeit vom Wehrdienst befreit wurde. 19 Jahre später wollte Matzka seinen Beruf wechseln. Durch die Arbeit mit Flüchtlingen war er zur Überzeugung gelangt, daß Konflikte nicht mit der

Waffe gelöst werden können. Er wollte Zivildienstler werden, wurde aber abgewiesen. Einen so späten Gewissenswandel verbietet das Gesetz, welches einen Antrag auf Zivildienst nur innerhalb eines Monats nach der Stellung erlaubt.

Stattdessen meldete sich Oberst Ehrlich von der Radetzkykaserne bei Herwig Matzka und forderte den Ex-Polizisten auf, für den Nachrichtendienst des Bundesheeres zu arbeiten. Von dessen Büro in der Kaserne hätte er schönen Blick über ganz Wien. Andernfalls würde man ihn einberufen und zur Flüchtlingsjagd an die burgenländisch-ungarische Grenze abkommandieren.

Weder diese Aussicht noch diejenige über die Stadt überzeugten Matzka, der heute in einem Übergangswohnheim der Caritas an der Integration von Flüchtlingen arbeitet. Er legte gegen die Ablehnung seines Zivildienstantrags Beschwerde bei Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof ein. Erfolglos. Anträge seines Arbeitgebers auf Befreiung von der Wehrpflicht wurden ebenfalls abgelehnt. Minister Fasslabend teilte mit, daß „nach Interessensabwägung kein Anlaß gefunden werden konnte, den o. a. Wehrpflichtigen von der Verpflichtung zur Leistung des restlichen Grundwehrdienstes zu befreien“. Den Agenten des Bundesheeres gibt man nicht straflos einen Korb.

Als die Militärs Matzka nunmehr einen Einberufungsbefehl für den 22. Juli zustellten, mußte ihnen klar gewesen sein, daß sie ihn dadurch kriminalisieren. Matzka ist nicht in der Kaserne erschienen und derzeit auf der Flucht, eine gerichtliche Verurteilung wegen Nichtbefolgung des Einberufungsbefehls scheint unausweichlich. Seine Existenz droht durch einen Verteidigungsminister, der militärischen Gehorsam vor Gewissensfreiheit stellt, zerstört zu werden.

cm, mk

Kein Privat-Vergnügen

Die Öffnung des Bundesheeres für Frauen kann nur im Zusammenhang mit Militarismus und Sicherheitspolitik diskutiert werden.

VON BIRGIT HEBEIN

Frauen ins Heer? Hier handelt es sich um eine politische Entscheidung, die gefällt wird, und nicht um das Privatvergnügen einzelner Frauen, die ihr wahres Berufsziel als zukünftige Soldatinnen erkannt haben.

Hexophonium: Überraschend tauchte im Mai und im Juni in der Wiener Innenstadt das „Metamorphile Hexophonium“ auf, das erste feministische Weltverbesserungstheater

Wenn diese Aussage als Basis der Argumentation verstanden wird, fällt es leicht, die Waagschale zugunsten der „GegnerInnen“ zu füllen. Dann stellt sich die Frage, wem diese Diskussion nützt.

Tatsächlich melden sich in erster Linie Militaristen zu Wort: Verteidigungsminister Fasslabend bescherte



Lauschangriff: Das Hexophonium verwandelte Miethaie in Fischstäbchen, die EU-Fahne in russischen Wodka, den Lauschangriff in Vogelgezwitscher ...

teile und vor allem der Gleichbehandlungsanspruch hervorgehoben werden. Der Verein „Frauen freiwillig ins Heer“ wird für militärische Zwecke instrumentalisiert und gut verkauft.

und innerhalb des Militärapparates besteht Uneinigkeit.

Durch die angebliche Diskussion um Frauen ins Heer gewinnen die Militaristen an Boden. Werbekampagnemäßig wird der eigentliche Zweck des Militärs verharmlost und Sicherheitspolitik tabuisiert beziehungsweise gelenkt. Frauen werden in militärische Strategien eingebaut und damit militärische Macht ausgedehnt. Kriegsvorbereitung wird als normaler Arbeitsplatz angepriesen, die ohnehin schlechte Arbeitsmarktsituation für Frauen durch die Propagierung angeblicher Karrieremöglichkeiten innerhalb dieses Apparates benützt.

„Nebenbei“ wird in den Verteidigungsausschüssen über Aufrüstung, Waffenanschaffungen, Minenproduktion, Auslandseinsätze, Zusammenarbeit mit der NATO usw. diskutiert. „Nebenbei“ fordern einzelne Politiker die Dienstpflicht beziehungsweise Sozialpflicht für alle. „Nebenbei“ wird groß PR-mäßig Heldentum und Kriegsverherrlichung durch das Denkmal in Wolgograd untermauert und das Kriegsveteranentreffen in Ulrichsberg vorbereitet.



uns Frauen am 8. März, dem Internationalen Frauentag, ein besonderes Geschenk, indem er sich mit dem Vorstoß für eine Öffnung medial feiern ließ. Eigene Studien, Umfragen und Untersuchungen werden von der Offiziersgesellschaft und anderen veröffentlicht, in denen die Vor-

des Neutralitätsbegriffs; Sozialpflicht für alle oder gar ein Konzept der Gesamtverteidigung unter Berücksichtigung einer „Gemeinschaftsdienstpflicht“; Wehrpflicht für Frauen, wie sie zum Beispiel in Deutschland diskutiert wird usw. Bei den politisch Verantwortlichen

Dennoch werden kritische Frauen in einzelnen Diskussionen oft verunsichert, da sich die persönlichen und politischen Ebenen permanent vermischen: Freiwilligkeit, Berufsausbildung und unrealistische Bundesheerabschaffung, Frauen und Polizei, mögliche „Klimaveränderung“ innerhalb militärischer Strukturen usw.

Als Antimilitaristin ist es klar, die Ausdehnung militärischer Macht abzulehnen und diese nicht von innen verschönern zu wollen. Die Entscheidung über Krieg und Frieden wird nicht innerhalb des Heeres getroffen, schon gar nicht in den Funktionen, die Frauen in anderen Armeen seit Jahren zugewiesen bekommen. Es gilt, die Existenz des Aggressors Militär mit seinen Strukturen von Un-

terordnung, Disziplin, Unterwerfung und „Entmenschlichung“ zu zerschlagen. Es gilt, die Verbindung beziehungsweise das gleichzeitige Auftreten von Patriarchat, Herrschaft und Krieg sowie frauenfeindliche Propaganda, militärische Ausbeutung der Frau als Hilfskraft und Prostituierte und Massenvergewaltigungen als Kriegsmittel aufzuzeigen und gegen Männerbün-



de aufzutreten. Es gilt, keinen Schritt in Richtung Dienst- beziehungsweise Sozialpflicht für alle zu gehen. Es gilt, sich nicht männlichen Systemen anzupassen, sondern Frauenmacht und Frauenpolitik einzufordern. Und das als Antimilitaristin und Feministin! Frauen kämpfen! Und zwar für ihre Rechte und Würde! ■

... mit der diese ihren Ehemann „erfreute“.

Siehe Aufruf „Nein zu Frauen im Heer“ auf Seite 30.



Als „very special guest“ durfte das Welttheater Frauenministerin Konrad begrüßen, die sich zur Frage Frauen ins Bundesheer zierte: „Ja, nein, gut Ding braucht Weile.“ Ihre Verwandlung, nachdem sie durch das Hexophonium durchgeschleust worden war, demonstriert nebenstehender Artikel, den Konrad unter ihrem Pseudonym verfaßte. Im Herbst, ist zu hören, wird das Hexophonium weitere gute Taten vollbringen. Watch out!



Frau und Torte: Einer Frau mit Eheproblemen schenkte es eine Torte, ...

POSITIONIERUNGEN AUS DER DISKUSSION „FRAUEN INS HEER?“*

„Die 3300 Frauen, die zur Zeit beim Bundesheer arbeiten, bekommen keine Zulagen, deshalb brauchen sie die Ausbildung.“

Frau Gratzner, Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen

„Realistischer ist es, Generälinnen beim Bundesheer anzutreffen, als daß das Bundesheer abgeschafft wird. Strukturelle Veränderung von innen und außen sind notwendig.“

Frau Zobl, Frauennetzwerk

„Ich will nichts verbieten. Vielleicht würde sich mit Frauen im Heer innerhalb der Strukturen etwas ändern, und Frauen könnten dann strategische Entscheidungen mittreffen.“

Christoph Chorcherr, Bundessprecher der Grünen

„Ich stimme Chorcherr nicht zu und finde es zielführender, für Frauenmacht in der Politik zu kämpfen und sich nicht männlichen und militärischen Normen anzupassen.“

Doris Pollet-Kammerlander, Frauenbeauftragte der Grünen

* vom 18.6.1996, veranstaltet von der Grünalternativen Jugend.

Keine Wäscheleinen-Welt

Porträt der Autorin Petra

Ganglbauer: „Ja, und da sind wir

wieder dort – ganz am Anfang:

Grundsätzlich würde ich sagen ...“

ZOOM: Im Wiener Frauenverlag ist dein neues Buch mit dem Titel „Täter sind Risse. Betrachter“ erschienen. Ein zentrales Thema des Buches ist der Krieg und seine Darstellung in den Medien.

Petra Ganglbauer: Ja, es befaßt sich mit dem Thema Krieg, allerdings nicht ausschließlich. Es geht um die Filterung der „Wirklichkeit“ durch die Massenmedien. Mir geht es darum zu zeigen, wie verzerrend sich Angst und Gewaltszenarien mittels dieser Filter den Betrachtern und Betrachterinnen darstellen. Zum Teil ist der Text eine Montage, ich habe zum Beispiel auch im Bereich der Mode-

sprache recherchiert, auch im Bereich der sogenannten „In“-Magazine, wo es ja auch um Voyeurismus geht. Der nichtmontierte Teil setzt sich aus zwei Strängen zusammen: aus dem kühlen, distanzierten Voyeurismus und einer hineingeschalteten Beobachterinnenposition. Eine Beobachterinnenposition, die aber die Mitverantwortlichkeit nicht ausschalten soll.

Es geht dir also einerseits darum, diesen Voyeurismus aufzuzeigen und zu erklären, wie er passiert, aber gleichzeitig auch darum, ihn zu kritisieren?

Es geht mir weniger um Erklärung. Ich glaube, ich bin für die Erklärung auch deswegen nicht so ganz geeignet, weil ich ja selbst in diesen Voyeurismus unausgesetzt involviert bin. Ich versuche, die Sprache auf jene Geschwindigkeit der Darstellungsebene zu bringen, auf der die Massenmedien funktionieren. Die Sprache ist natürlich ein ganz anderes Medium als optische und visuelle Medien, und ich versuche, einen Darstellungsgestus für die Sprache zu finden, daß sich das, was sich tagtäglich, stündlich, sekundlich über Massenmedien darstellt, über den Weg der Sprache ereignet – deswegen auch diese harten Schnitte, diese hohe Sprechgeschwindigkeit.

Mir fällt auf, daß der Buchtitel nur die männliche Form verwendet, also „Täter“ und

nicht „Täterin“. Hast Du dabei einen besonderen Hintergrund zur Mann-Frau-Thematik?

Damit wollte ich bewußt die Sprache transparent machen für das, was sich gesellschaftspolitisch abspielt. Andererseits geht es in dem Buch auch um die Objektmachung der Frau durch den Mann. Einerseits durch Gewalt, andererseits auch in der Werbesprache, die noch immer viel damit arbeitet.

Geht es dir bei deiner Kritik an High-Tech auch darum, daß sich hier eben auch, und sogar vor allem, die Macht vernetzt?

Das ist der eine Aspekt, der andere ist, daß die Instrumentalisierung der Menschen unheimlich schnell, in den neuen Medien noch einmal beschleunigt, vorangeht. Die Reflektionsmechanismen können nicht gleichziehen mit dem, was da an Machtanhäufung und Machtvernetzung mittels der neuen Medien passiert, gerade auch im Sektor der virtuellen Realität.

In deinem Buch weist du auch auf die Problematik der Aufgabe des Körpers als menschliche Realität hin. (siehe nebenstehendes Zitat)

Der Körper und die physische Konsistenz des Menschen wird mittels sogenannter virtueller Realität einerseits unnötig, andererseits auch austauschbar. Zugleich geht es um die Besetzung des Körpers als, ich verwende hier ein Wort von Virilio, „Kontinent“, das heißt, zuerst wurde unser Kolonialismus auf der Welt praktiziert oder eventuell noch auf dem Mond, jetzt, wo man nicht mehr weiß, wohin man sich noch ausdehnen könnte, geht der Weg nach innen, auf eine teilweise eher rücksichtslose und gewaltsame Art.

Du hast in einem theoretischen Text über den „Mut zum Fragment“¹ geschrieben ...



Der Mut zum Fragment war für mich Nah- und Fernziel. Ich sehe es so, daß jedes Element meiner Arbeit nur ein Teil eines Konzept ist, das sich herauskristallisiert, Mosaiksteinchen, fragmentarisch in dieser Weise, zugleich ist auch meine Sprache selbst fragmentarisch angelegt. Das Fragmentarische ist irgendwie meine Lebensphilosophie, und das ist auch der Grund, warum ich jeder Versuchung widerstanden habe, eine literarische Arbeit durch einen deutlichen Anfang, einen Höhepunkt und ein Ende zu charakterisieren. Finalisierungen, das will ich nicht.

Zur Zeit verändert sich die Wirklichkeitssicht rapide, u. a. auch durch die neuen Medien, die Menschen müssen mehr und mehr die Beobachtungssposition aufgeben. Wir sind ja selbst ein Teil von dem, was passiert. Das ist zwar nichts Neues, steht aber einer Linearisierung à la Entwicklungsroman diametral entgegen: Die Welt ist eben nicht aufgefädelt und hängt auch nicht Stück für Stück auf einer Wäscheleine.

In deinem Buch „Briefe ohne Gesicht“ geht es vor allem um Frauen, ihre Annäherungen, ihr Ausweichen?

Das Ich in diesem Text oszilliert zwar zwischen männlich und weiblich, ist aber nicht klar definiert und steht damit im Gegensatz zu den weiblichen Personen, die deutliche Wesensmerkmale aufweisen, die sie aber immer wieder infrage stellen. In dem Augenblick, wo Festmachungen versucht werden, werden sie sofort wieder durchquert.

Machst du viele Projekte mit anderen KünstlerInnen?

Das Schreiben an sich ist ja eher eine einsame Tätigkeit, das meine ich jetzt aber nicht weinerlich. Rundherum gibt es dann die unterschiedlichsten Projekte. Grundsätzlich arbeite ich sehr gern mit anderen Leuten, und, da sind wir wieder beim Fragment, ich glaube, daß meine Arbeit einen kleinen Teil darstellt, der mit anderen kleinen Teilen dann einen Blick auf die Wirklichkeit ergibt.

Früher war mein Hauptaugenmerk auf dem Schreiben von Texten. Jetzt sehe ich Texte eher als Aus-

gangspunkte für Weiterdenken und Weitergestalten. Das heißt, dieses Buch „Täter sind Risse. Betrachter“ hat bei mir einiges ausgelöst und hat mich im Hinblick auf künstlerische Gestaltungsmöglichkeiten weitergebracht. Das Buch steht für mich nicht mehr nur als fertiges Endprodukt, sondern ist Ausgangspunkt für neue Möglichkeiten geworden.

Woran arbeitest du im Augenblick?

Es gibt die verschiedensten Pläne. Ich greife einiges heraus: Im Herbst soll ein Projekt in Müzzuschlag stattfinden, gemeinsam mit Elisabeth Wörndl und Reni Hofmüller. Es geht um einen Versuch, die Sehgesell-

**Bevor Sie im Cyberzelt
surfen, heißt es: Organe weg-
werfen, die Knochen dazu.
Verschütten Sie Ihr Blut.
Verteilen Sie's. Verlieren Sie
Ihren Kopf an den Chip.
Was fortan zählt, sind
Leistungsbausteine.**

**aus: Petra Ganglbauer: Täter sind Risse.
Betrachter. Wiener Frauenverlag 1996**

schaft ad absurdum zu führen, und zwar mit Darstellungsmitteln, die dieser Gesellschaft entnommen worden sind, oder, man könnte sagen, sie sind ihr für diesen Abend entrissen worden. Zugleich ist es eine Begegnung zwischen den verschiedenen Kunstgattungen: Fotokunst, Klangkomposition und Literatur; und eine Korrespondenz zwischen Räumen: dem realen Raum des Kunsthause Müzzuschlag, dem Hörraum des Radios und dem Internet-Raum.

Mit Elisabeth Wörndl mache ich außerdem ein Städteprojekt, wo wir mit verschiedenen, also kunstfotografischen, literarischen, eventuell auch klanglichen Mitteln das Empfindungspotential von Städten übersetzen wollen in einen anderen Raum – es soll kleine Einheiten geben, wo man praktisch von dem Empfindungsraum

einer Stadt in den Empfindungsraum der nächsten gehen kann. Wir beginnen mal mit Bukarest und Paris.

In den beiden Veranstaltungen, die wir vor einigen Jahren organisiert haben, haben wir uns mit dem Arbeits- und Kunstbegriff befaßt ...²

Es war für uns beide symptomatisch, auf diese Themen zu kommen. Wenn ich mir beim Reden zuhöre, dann spreche ich meistens von meiner „Arbeit“, selten von meiner Kunst. Obwohl in der Kunst ein anderer Arbeitsbegriff existiert als in anderen Berufen, glaube ich, daß wir auch immer wieder an die Grenzen stoßen, die die gesellschaftspolitische Realität der arbeitenden Menschen ausmachen.

Kunst und Arbeit, aber auch Kunst und Markt sind Pole, die mein Leben und die Arbeit bestimmen. Leider kann ich nicht mehr mit der gleichen Leichtigkeit mit dem Begriff Arbeit umgehen wie früher – es wird härter.

Natürlich ist das Ziel eine grundsätzliche Veränderung. Es gibt ja Kolleginnen und Kollegen, die dem Markt völlig den Rücken kehren, weil sie die herrschenden Vorgaben ablehnen. Andererseits, und das ist eben die Ambivalenz, kann man als Künstlerin dem Markt und seinen Mechanismen nicht ganz entrinnen. Sozusagen: Auch wenn wir dagegen sind, sind wir irgendwie Teil davon.

Das Gespräch führte Ilse Kilic.

1 in: WICHTIG-KUNST VON FRAUEN. Das Fröhliche Wohnzimmer-Edition, Wien 1989.

2 Veranstaltungen: ÜberLebenKunstArbeit, Amerlinghaus, Wien 1991. Kunst und Markt, Alte Schmiede, Wien 1990.

Arbeiten von Petra Ganglbauer: Zusammenzuraffen wäre also nichts. Gedichte, gangan Verlag 1987.

Briefe ohne Gesicht. Prosa, Wiener Frauenverlag 1991. Wiener Vorlesungen zur Literatur. Edition Freibord 1995.

Täter sind Risse. Betrachter. Prosa, Wiener Frauenverlag 1996.

Beziehungsweise: Nomadin. Entfaltung. Resonanz. ORF Kunstradio 1995.

Daphne Nuova: Ein Foto-Video-Textprojekt. Gemeinsam mit Elisabeth Wörndl, Rom/Salzburg 1994.

Innenkleid: Toninstallation im Rahmen der Ausstellung „Digitales Selbstportrait“ von Elisabeth Wörndl. Galerie Eboran, Salzburg 1996. Erweiterung des Raumes (Konzeption, Text). Gemeinsam mit Elisabeth Wörndl und Reni Hofmüller, steirischer Herbst 1996 (Kunsthau Müzz, Kunstradio, online).

Mail art Russia

Rea Nikonova und Serge Segay

VON FRITZ WIDHALM

Rea Nikonova und Serge Segay leben in Eysk (Yesk) in Rußland. Sie befassen sich mit visueller, konkreter Poesie (HerausgeberInnen von über 200 handgemachten Büchern und Zeitschriften: u.a. „Nomer“, „Transponans“, „Double“) und Soundpoems (Kassetten: „Ax Work“, „Transponans“, „Listen-eat“ und „Plubmatica“). Seit 1985 haben sie via mail art zahlreiche Kontakte zu vielen KünstlerInnen in anderen Ländern.

Serge Segay und Rea Nikonova waren 1962 in Vologda (Russia) MitbegründerInnen der „Anarchistisch Futuristischen Gruppe“ (1965 neugegründet unter dem Namen „Futur DADA“). Die Mitglieder dieser Gruppe realisierten zaum-poesie

(eine Poesiesprache, die sich jenseits der Regeln sogenannter konventioneller Grammatik bewegt).

Rea Nikonova

	O	das
	O	
U		das
	O	
A		das
	O	
	O	das
A		

Na

sprich
sprich
sprechen ist leicht

aus: Tautologien, Teil II (1965-1985)

Realisiert wurden auch verschiedene Aktionen, zum Beispiel Ausstellungen im Dunkeln, Gedichte auf Papier geschrieben und in Pfützen geworfen, Gedichte auf Bauzäunen und Wänden. Serge Segay: „Die zaumnistischen Gedichte schreibe ich seit 1962. Ich gestalte sie vorwiegend als Knishki (dieses gute futuristische Wort meint Büchlein, Anmerkung von Valeri Scherstjanoi, der die Texte für ‚Transponace Transfurimus‘ zusammengetragen und aus dem Russischen übersetzt hat), manchmal in kleinen Auflagen von fünf bis dreißig Exemplaren. Die Manuskripte werden von uns nicht aufbewahrt. Seit einigen Jahren verwende ich sie in meinen poetischen Collagen. Schon seit 1962 versuche ich verschiedene Leute ins zaumnische Schöpfertum herein-zuziehen. Auf solche Weise existieren in Rußland die Gruppen ‚Anarchofu-

turisten‘, ‚Budustschel‘ in Vologda, ‚Futurodadaisten‘ in Taganrog usw. Ich bin ein Mensch des heutigen Tages und manchmal der Vergangenheit. Das betrifft in erster Linie die aufgegebenen Buchstaben des russischen ABC, ohne die ich mir meine Poesie nicht vorstellen kann. Dabei halte ich mich wenig am Russischen, ich sehe keine Notwendigkeit, die Worte zu verwenden. Und ich verwende x-beliebige Schriftzeichen nicht deshalb, weil ich Sprachen lerne, sondern weil ich die allgemeinen poetischen Ideen zum Ausdruck bringe.“

Rea Nikonova: „Ab 1965 gaben wir die Zeitschrift ‚Nomer‘ (Die Nummer) heraus – in Swerdlowsk. Wir schrieben alles von Hand nieder, es gab keine Schreibmaschine, die Texte wirkten dafür avantgardistisch: sur und absurd. Es gab viele Theorien, Manifeste, Streitigkeiten, Begegnungen, sogar eine experimentelle Ausstellung in der Stadt, dort wurde ein Bild von mir von einem ‚Kollegen‘ zerrissen. Aber der wichtigste Traum jener Zeiten war die SCHREIBMASCHINE.“

1985 begannen Rea Nikonova und Serge Segay mit mail art: „Wir haben Tausende unserer Arbeiten ins Leere geschickt, wobei wir nicht wußten: an wen? – Verabschieden Sie sich erbarmungslos von unserem Schöpfertum, von dem, was Sie schon besitzen. Es wäre besser, wenn etwas veröffentlicht wird als aufbewahrt für einen postumen Quatsch.“

In der nächsten Nummer: mail art aus Japan.

Die biografischen Angaben und Briefauszüge sind folgenden beiden Publikationen entnommen:

„Transponans Transfurismus“, experimentelle reihe der Gesamthochschule Siegen, Siegen 1989.

„ZAUM“, Das Fröhliche Wohnzimmer – Edition, Wien 1990. Die beigefügten Arbeiten stammen aus meiner Mail-art-Sammlung.



Ghetto – Geheimes Leben einer Stadt

Zwei Belgrader Filmemacher bannen den wütenden Protest isolierter Belgrader Rockmusiker in beklemmende Bilderfolgen. „Geto - Tajni Život Grada“ (Ghetto - Secret Life of a City) – eine schonungslose Abrechnung mit dem Belgrader Regime.

Nach fast vollständigem Abbruch der Beziehungen wurde der Dialog mit Restjugoslawien wieder aufgenommen. Im Palais Liechtenstein fand eine internationale Konferenz mit kultureller Begleitveranstaltung statt. Einerseits im Symposium „Beli Grad – Die weiße Stadt“, wo die

intellektuelle Opposition mit RegierungsvertreterInnen zusammenprallte. Andererseits auf kultureller Schiene: „Out Of Chaos“ präsentierte serbische KünstlerInnen, die sich mit den Folgen des westlichen Boykotts auseinandersetzten.

Eindeutiger Höhepunkt war jedoch der Film „Ghetto – Geheimes Leben einer Stadt“. Mladen Matičević und Ivan Markov widmen ihren Film der trotz schlechter Bedingungen florierenden Underground-Szene Belgrads. „Ghetto“ zeigt das kreative Potential der Hauptstadt Restjugoslawiens. Ein anklagendes Dokument, das die Ursachen des Braindrains von Jugendlichen und Intellektuellen klar den Machthabern zuordnet. Selbst der durch ein verändertes Belgrad führende Hauptdarsteller, Goran Čavajda, u. a. Schlagzeuger der Rockband Električni Orgazam, der als Integrationsfigur wie kein anderer die subkulturelle Szene repräsentiert, ist nach Tasmanien ausgewandert.

ZOOM bringt einen Auszug aus einem Gespräch mit den beiden Regisseuren.

ZOOM: *Wie ist der Film entstanden?*

Mladen Matičević: Unser Gedanke war, einen Film über die Situation in Belgrad zu drehen. Wir wollen zeigen, daß Belgrad zwei Gesichter hat: Das eine ist Alltagspolitik mit leidenden Menschen, das andere besagt, daß Belgrad trotz der schlechten Lage über große KünstlerInnen und Rock 'n' Rollbands verfügt. Es stellte sich heraus, daß ein Road Movie dies am besten könnte. Also suchten wir uns eine Person heraus, die durch Belgrad führt. Dann nahmen wir Kontakt mit weiteren KünstlerInnen und Bands auf und drehten die Szenen. Erst danach schrieb ich gemäß unserer Gefühlslage den Text.

Ivan Markov: Weil wir den Film vor zwei Jahren drehten und sich die politische Situation änderte, der Krieg beendet wurde.

MM: Wir änderten den Text, weil die Lebenssituation generell immer noch sehr schlecht ist. Es schaut nur anders aus, wenn die Umstände andere sind. Es wird versucht, alles zu übertünchen.

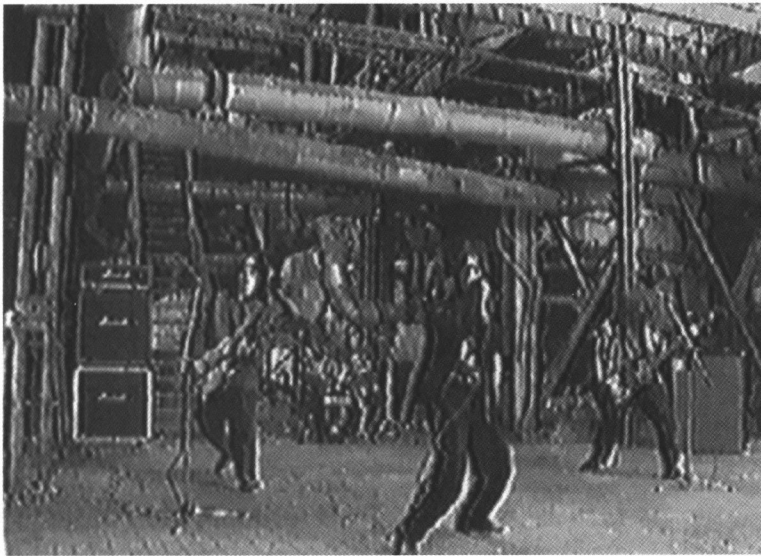
IM: Trotz Kriegsende haben viele Leute immer noch zu wenig zu essen. Nur auf den ersten Blick schaut's ein bißchen besser aus.

MM: Es gibt keine Perspektive. Die Wirtschaft liegt danieder, weil sie nur in den Händen der Regierung konzentriert ist. Du kannst wirtschaftlich nichts bewegen, wenn du nicht mit der Regierung, der sozialistischen Partei kooperierst.

Es schaut ein bißchen freundlicher aus, weil du nicht mehr zum Krieg eingezogen werden kannst. Die

Alle Bilder aus:
„Geto - Tajni Život
Grada“





Menschen leben aber in sehr schlechten Umständen, denn Jugoslawien hatte einen akzeptablen Lebensstandard aufzuweisen, viel besser als im damaligen Ungarn oder der ČSSR.

Wie habt Ihr euch 1991 gefühlt, als Jugoslawien zerbrach? Ihr konntet in eurer Ohnmacht nichts tun, außer Protest zu erheben.

MM: Die Leute hielten große Demonstrationen ab. 1991 kam es deshalb zu großen Zusammenstößen mit dem Regime. Sie forderten eine Machtablöse, wollten den Krieg in Kroatien und Bosnien stoppen. Speziell in Belgrad gibt es eine große Anzahl von Menschen, die den Krieg nicht wollten.

IM: Wobei für uns kaum ein Unterschied zwischen Milošević, Tudjman und Izetbegović besteht, sie sind alle dieselben.

MM: Sind alle dieselben Bastarde. In Belgrad gibt es zwei Sorten von Menschen. Die einen, die Milošević unterstützten, und die anderen, die in Opposition waren. Die Opposition war sehr stark, vor allem 1992, als 300.000 Leute demonstrierten. Aber Europa bemerkte das nicht. Es schaut ja fast so aus, als ob Europa Milošević in seiner Obhut hätte.

IM: Wir demonstrierten für die Freiheit der Rede, für freie Information, freies TV.

MM: Zuvorderst aber für ein Ende des Krieges. Aber nichts passierte, weil

bei der ersten Gelegenheit die Panzer gerufen wurden.

IM: Das passierte zuerst in Serbien, noch vor dem Krieg. Am 9. März 1991 setzte die Armee Panzer in Belgrad ein.

Der erste Armeeinsatz war einer gegen das eigene Volk?

MM: Ja, konstant haben dann Leute, die gegen das Regime sind, das Land verlassen. 500.000 Leute, besonders junge zwischen 18 und 25, Intellektuelle, WissenschaftlerInnen verließen Serbien.

IM: Mit dem Video wollen wir zeigen, daß es in Belgrad immer noch KünstlerInnen, Rock 'n' Roll-Bands, einen Underground gibt. Was viele Leute nicht wissen.

MM: Wir haben das Gefühl, daß viele Menschen im Ausland nicht wissen, daß es solche Leute wie uns gibt. Belgrad war ein riesiges Kulturzentrum, mit einer Menge an Ausstellungen, Konzerten. Viele Leute aus der Szene sind jetzt Flüchtlinge, die Häuser putzen oder kellnern. Regisseure, Schriftsteller, Ingenieure. Dieser Film will verständlich machen, daß, wenn man einer Person aus Belgrad im Westen begegnet, sie vielleicht eine ist, die in unserem Film hätte mitspielen können. Vielleicht ist der Kellner im Restaurant ein Rocksänger, der große Gedanken und Ideen wälzt. Einer, der sein Land, seine Sprache zurücklassen mußte.

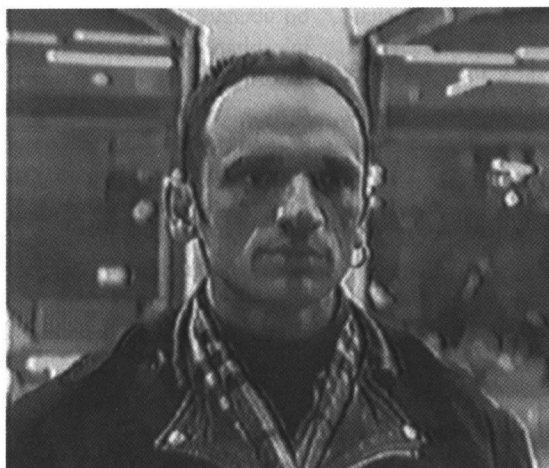
Ist das euer erster Film?

MM: Der erste Film dieser Länge. Wir haben kürzere, Dokumentationen, Videoclips, TV-Shows gedreht.

Mit politischem Inhalt?

MM: Nein, „Ghetto“ ist nicht wirklich politisch gemeint. Aber wenn du in Belgrad etwas über dein Leben erzählen willst, tangierst du unvermeidlich Politik.

„Das ist Belgrad, eine Stadt, die nichts Gemeinsames mehr hat mit der Hauptstadt des ehemaligen Jugoslawien. Obwohl sie vom Dach meines Hauses gleich aussieht wie vor zehn oder fünfzehn Jahren, sehen die Dinge da unten ganz anders aus. Diese Stadt liebte ich einst, weil mein Leben in ihr eine große Party war. Manchmal bedauerte ich, daß es nicht Amsterdam war, doch öfter war ich glücklich, daß es nicht Ostberlin war. Heute begreife ich, daß diese Mitte super für's Leben war ... Und dann wurde es finster ... Am Anfang, vor sieben, acht Jahren, hat niemand begriffen, worum es ging. Ein Haufen Menschen schmiß sich in diesen Tumult rein, die anderen wurden melancholisch. Niemand ahnte, daß in die Stadt der Teufel selbst kommt. Als die Dinge klarer wurden, war'schon zu spät. Die Stadt war zwischen ‚uns‘ und auf ‚ihnen‘ geteilt. ‚Sie‘ besetzten, mit roter Rose hinter dem Ohr, alle wichtigen Ämter und dachten sich Feinde aus, und dann stürzten sie alle anderen in die Hölle. Am Anfang gab es von ‚uns‘ genug, um sich zu widersetzen, und ich werde nie begreifen, warum wir gescheitert sind ... Ich hatte keinen Schuß vor Panzern oder Scharfschützen ... wir konnten sie zerschlagen, aber unsere Anführer machten sich in die Hosen ... vielleicht wollten sie auch gar nichts verändern ... Unsere Energie erschöpfte sich bei diesen Überlegungen, und Belgrad verwandelte sich in ein KZ. Seitdem regieren ‚sie‘, und wir überleben. Einige von uns hauten ins Ausland ab, und andere sind still geworden. Am schlimmsten sind diejenigen dran, die sich mit Art und Rock 'n' Roll befassen ... Wer nicht mitmachen wollte, wurde zur Seite geschoben. Die ‚Kulturinstitutionen‘ ziehen sie raus, nur wenn sie ein Alibi brauchen. Und dann werden sie wieder begraben. Obwohl diese Künstler super Sachen machen, weiß man über die meisten nirgendwo Bescheid. Wenn sie jemand kennenlernen wollte, könnte er es nicht. Denn diese Menschen leben und arbeiten ganz chaotisch. Es gibt weder eine Institution noch ein Medium oder einen Raum, der sie umfassen würde. Und nur wenige Freunde können sie finden. Wenn ich genug habe, genug von diesem Dach habe, gehe ich sie besuchen.“ – Vorspann zum Film



IM: Wir wollen auch gerne von Leuten aus Zagreb hören, was ihnen widerfahren ist.

Tudjman ist ja noch um einiges restriktiver.

MM: Da besteht ein großer Unterschied. In Zagreb hätte dieser Film nicht gedreht werden können. Wenn

Im Staats-TV kann der Film aber sicher nicht gezeigt werden.

MM: Natürlich nicht. Er spuckt auf das Staatsfernsehen.

IM: Es war unser Wunsch. Wir wollten sagen, daß wir sie (das Regime, Anm.) nicht mögen.

MM: Wir wollten sagen: Fuck you, wir sind keine Sozialisten, wir wollen den Krieg nicht. Wenn wir Sozialist sagen, meinen wir das Regime. Sie haben überhaupt keine politische Idee, weil sie nur am Machterhalt interessiert sind.

Deswegen rührte mich Euer eine fast ausweglose Wut ausdrückender Text, dem ihr dem Protagonisten, Goran Cavajda, in den Mund legt. Die Machthaber instrumentalisieren die Leute, und diese merken die Propaganda oft nicht einmal.

MM: Man kann die Menschen nicht generell tadeln, man kann sie rügen, nicht politisch bewußt zu sein. So etwas könnte mehr oder weniger in jedem Land passieren. Leute aus Österreich oder Deutschland haben eine falsche Vorstellung davon, wie der Konflikt entstand. Daß die Serben den Krieg begonnen hätten. Das waren die Regierungen in Zagreb und Belgrad, um die Macht zu kriegen. Weil wir nicht hingingen, konnten wir zu einem gewissen Prozentsatz noch schrecklicheren Dingen Einhalt gebieten. Solltest du nach Jugoslawien kommen, solltest du mit jenen Menschen Kontakt haben, die Gegner des Regimes sind.

du dich in Belgrad über Milošević sprichst, wirst du nicht abgeführt. Heute sahen einige Leute, die dem Regime angehören, unseren Film.

Was haltet ihr eigentlich vom aus Bosnien stammenden Regisseur Emir Kusturica, von seinem Film „Underground“?

MM: Wir finden ihn aus verschiedenen Gründen nicht gut. Einige sind künstlerischer Natur, ein anderer ist, daß er in gewisser Weise der Repräsentant des serbischen Regimes ist.

Wurde der Film in Serbien gedreht?

IM: Das ist nicht ausschlaggebend, auch nicht, daß er von Serbien mitfinanziert wurde. Der springende Punkt ist, daß er – das ist meine private Meinung – als derart berühmter Filmemacher eine unabhängige Position einnehmen hätte müssen. Er verkauft Europa, was Europa von uns zu sehen bekommen will. Aber wir sind nicht alle so. Kusturica repräsentiert Leute wie uns nicht. Wir oder andere Regisseure repräsentieren Leute, wie wir sie sind. Deswegen mögen wir Kusturica nicht.

Im Gegensatz zu Kusturica könnt ihr tatsächlich wenig bewirken. Wie aber kann mensch dieses Regime loswerden?

MM: Dieses Regime ist sehr clever. Wir glauben sogar, daß es Unterstützung von Westeuropa und Amerika erhält. Sonst hätten die westeuropäischen Staaten die demokratische Opposition in Serbien unterstützt. Aber sie taten es nicht. Man kann daher nicht nur die Leute in Serbien tadeln.

Bis heute nicht, nur die George-Soros-Foundation hilft.

MM: Ja, aber Soros gewährt kulturelle Hilfe. Als 300.000 Menschen 1992 vor der Nationalversammlung und dem TV-Gebäude demonstrierten, rief ich eine Freundin in New York an. Sie hat aber nichts davon im TV gesehen. Jetzt realisieren wir, daß es einen Grund gab, daß das nicht gezeigt wurde. Wäre das überall eine Headline gewesen, hätten alle gesagt: Gut 300.000 haben demonstriert, diese Stadt hat ein großes Potential! Diese Stadt kann Milošević nicht leiden, weil sie ihn schlecht findet.

Jetzt aber ist er an der Macht, hat das ganze Geld, hat die ganze Armee und Polizei hinter sich.

IM: Milošević – wir sprechen die ganze Zeit schon über Politik – ist darüber hinaus einer, der sein eigenes Volk nicht mag.

MM: Nationalismus war ihm nur Werkzeug. Jetzt ist er der nette Herr, Mr. Peacekeeper, der Friedensverhandler. Fuck, morgen wird er vielleicht Rock-'n'-Roll-Sänger sein, wenn er es braucht.

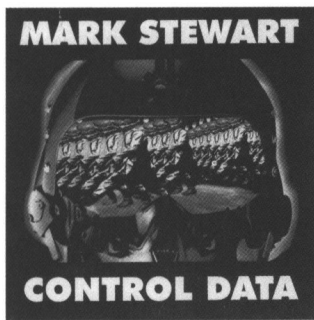
IM: Er wurde im selben Jahr wie Mick Jagger geboren.

Am Ende des Films wurde der Glaube an Gott in den Vordergrund gerückt. Damit habt ihr klar die Grenze zwischen Gut und Böse gezogen. Geschah dies, um Hoffnung zu zeigen?

IM: Ja, wir wollen Hoffnung geben.

Das Interview führte Alfred Pranzl.





MARK STEWART

Control Data
Mute Records/Echo

Sich „Pop Group“ nennen und gegen das himmelschreiende Unrecht auf Erden anrennen. Mark Stewarts erste Band behandelte niemals das Thema Liebe, sondern obsessiv das Fehlen derselben. Legendär ist die mit Zeitungsausschnitten gepflasterte Platte „For How Much Longer Do We Tolerate Mass Murder?“, doch war schon das „Pop Group“-Debüt „Y“ (Radar Records/Warner) ein einziger Aufschrei gegen durch Machtmißbrauch verursachtes Leid.

Produktionstechnisch ist in

17 Jahren Unglaubliches geschehen, Menschenrechte werden leider immer noch getreten. Weshalb die Neuauflage von „Blood Money“ nichtsdestoweniger vor fürchterlicher Intensität strotzt. Nach sechs Jahren meldet sich also Mark Stewart, wieder mit Doug Wimbish (b) und Skip McDonalds (g) und Neuzugang Simon Munday (Co-Writer, Programmierer), zurück. „Into the unknown, into the future“ deklamiert Mark Stewart mal ohne Megaphonstimme in die geballte Ladung aus elektronischen Effekten und Tonnen von Dubbässen. Nach „Data Blast“ reißen jedoch die elektronischen Grenzzäune, bestimmen meist Techno-Breakbeats „Control Data“. Mark Stewart fordert digitale Gerechtigkeit ein, warnt vor orwellischen Auswüchsen am noch relativ frei zugänglichen Internet und manipulierten Informationen: „The Half that have never been told.“ Folglich marschieren am Cover Soldaten mit entstellten Riesenschädeln durch das Hirn eines Roboter-menschen. Mark Stewart, einmal

mehr ein Meister des Einschleusens von überlebenswichtigen Inhalten in einen Popkontext.

gehört von Alfred Pranzl

ZVUKOVI GRADOVA

Sound of Cities

Den Zerfall Jugoslawiens versucht der Verein Kooperative Kunst und Handwerk ohne Grenzen (Coop Arts & Crafts Unltd. / CA&CU) mit kulturellen Projekten zu überwinden. Eine CD-Edition ist ein erster Schritt zur Kommunikation, die sich über die neu entstandenen nationalen Grenzen hinwegsetzt. Jeweils eine Band/MusikerIn aus den neuen Staaten Bosnien, Kroatien, Makedonien, Serbien-Montenegro und Slowenien wird eingeladen, eine CD aufzunehmen. Jede/r MusikerIn, BandleaderIn beherrscht ein anderes Instrument, so daß bei Vorliegen der Gesamtedition gemeinsame Livekonzerte gegeben werden können. Grundsätzlich soll jede CD eine andere Musikrichtung featuren, da die letztlich daraus entstehende Gruppe die ehemalige kulturelle/ethnische Vielfalt Jugoslawiens grenzübergreifend wiederbeleben beziehungsweise widerspiegeln soll.

bo überzieht simple Breakbeats mit sphärischen Sequenzen/Synthiefächen, die jedoch nicht dem aktuellen Stand der von westlichen Musikzentren ausgehenden Trends entsprechen. Angesichts der durch Sanktionen bewirkten Abschottung kein Wunder. Infolge eingängiger Melodien fände die 1994/95 eingespielte und vom Soros Fond Jugoslawia finanziell unterstützte CD-Produktion allerdings reißenden Absatz, stünde ein effizientes Promotions/Distributionsnetz zur Verfügung.

BODAN ARSOVSKI

Endless View
Ezgiya/CA&CU

Nr. 2: „Sounds of Skopje“. Makedoniens großartige Landschaft findet sich wieder in den weitläufigen Kompositionen des Bassisten Bodan Arsovski. Wenn Volksmusikelemente einfließen (Instrumente Kaval, Gajda, Def, Tarabuka, Tambura), ist von gelungenem „Ethnojazz“ zu sprechen. Die Dominanz von schmeichelweichem Baß und einullenden Keyboardsounds ist Geschmackssache, doch unterschreiten Saxophon- und Klarinetteneinsätze immer wieder die Grenzen zum Kitsch.

GORAN CAVAJDA

sound of the islands
CA&CU

Die dritte CD aus der Sound-of-Cities-Serie wird dem Rockmusiker Goran Cavajda (siehe Seite 23) gewidmet, der im Film „Ghetto – Geheimes Leben einer Stadt“ als nachdenklich-zorniger Cityguide durch Belgrad führt. Da er von der kroatischen Insel Solta kommt und nun auf Tasmanien lebt, ist der Titel „sound of the islands“ naheliegend. Geplanter Veröffentlichungstermin: Winter 1996/97. abgehört von Alfred Pranzl

Bezugsadresse: Rocko Marjanovic,
Staudg. 62/15, A-1180 Wien,
Tel./Fax: 0222/407 24 02

Sparpaket, Arbeitsplatzmangel, konservative Trends - und was Frau dagegen tun kann

Heim an den Herd?

Eva Rossmann

Eva Rossmann, couragierte Journalistin und Autorin, weist eine politische Tendenz nach: Österreichs Frauen sollen wieder „heim an den Herd“ gedrängt werden. Der Mangel an Arbeitsplätzen und Budgetnöte liefern frauenfeindlichen Parteiideologen die nötigen Argumente - und einst gar nicht so konservative Politiker ließen sich spätestens beim Sparpaket 1996 davon überzeugen. Die Auswirkungen: Frauen werden zur Reservearmee am Arbeitsmarkt: schlecht bezahlt, in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt, arbeitslos.

Erstmals seit Jahrzehnten geht die Zahl der arbeitenden Frauen in Österreich zurück. Hausarbeit und Kindererziehung bleiben „traditionelle“ Aufgaben der Frauen. Ältere Frauen haben kaum noch Chancen, in Frühpension zu gehen. **Konkrete Tipps helfen Frauen, sich zur Wehr zu setzen.**

Dieses Buch - erschienen im Folio-Verlag - ist ab sofort um 168,- öS bei der Grünen Bildungswerkstatt Bund erhältlich:

Lindengasse 40, 1070 Wien,
Tel. 0222 / 526 91 11, Fax: 526 91 15,



e-mail: gbw-bund.wien@signale.comlink.apc.org

bez. Anz.

■ DIE WEHRMACHT IM ■ RASSENKRIEG

DER VERNICHTUNGSKRIEG HINTER DER FRONT
Walter Manoschek (Hg.), Picos
Verlag, Wien 1996, 223 S.,
öS 298,-

Dieses Buch bringt etwas nahe, näher: die saubere Wehrmacht des Dritten Reichs, die anständige Wehrmacht des Führers Adolf Hitler, die Wehrmacht der „Partisanensäuberungen“, die Wehrmacht des Zweiten Weltkriegs, die Wehrmacht der „zu Unrecht Verdächtigten“, die Wehrmacht des Kurt Waldheim.

Nicht zu Unrecht kommt Reinhold Gärtner dann in seinem Beitrag über Kriegerdenkmäler auch zum Schluß, daß „der Eindruck erweckt wird, daß im Zweiten Weltkrieg Österreich durch die Wehrmacht verteidigt worden sei“, suggerieren doch die Kriegerdenkmäler den Kurzschluß zwischen der Monarchie, dem Nationalsozialismus und dem heutigen Österreich – und nicht nur gewisse Personen und deren Kriegserzählungen.

Auf diese von „männlichen“ Werten getragenen Erzählungen zielt Ela Horning ab, wenn sie verschiedene Erzähltypen analysiert und ihre Methode an Hand zweier Beispiele anschaulich werden läßt.

Im Beitrag von Walter Manoschek „Partisanenkrieg und Genozid“ wird das Vorgehen der Wehrmacht in Serbien thematisiert. Auch nicht zu Unrecht, denn „an keinem anderen Kriegsschauplatz waren Österreicher in einer solchen Dichte vertreten“. Hier, in Serbien, betrieben „unsaubere“ Wehrmachtsteile eine Vernichtungspolitik gegenüber JüdInnen und ZigeunerInnen, die KommunistInnen kamen erst später dran. So weist Manoschek auf den Befehl des Generals von Schröder hin, der schon sechs Wochen nach Besatzungsbeginn folgendes anordnete: „Die Definition, Registrierung und Kennzeichnung der Juden und Zigeuner mit gelbem Armstreifen, ihre

Entlassung aus allen öffentlichen Ämtern und privaten Betrieben, die ‚Arisierung‘ ihres Grundvermögens und die Einführung der Zwangsarbeit“. Sie zählten auch bald zu den Geiseln, in der Besatzungsdiktation und wohl auch in deren Köpfen: JüdInnen und KommunistInnen. Mit dem Beginn des serbischen Widerstandes wurde der Geiselmord dann alltäglich. Der Militärbefehlshaber in Serbien ab September 1941, General Böhme, motivierte in Anspielung auf 1914 seine Truppen folgendermaßen: „Ihr seid die Rächer dieser Toten“ – dieser Ex-Österreicher kannte seine Ex-Österreicher. Die serbische Zivilbevölkerung galt somit als hinterlistiger Feind, der zu büßen hatte: „Massaker waren die Regel, nicht die Ausnahme.“ Und „nach der Niederlage verwandelten sich die führenden Balkanoffiziere zu ideologiefreien, vaterländischen Pflichterfüllern“.

Zumindest als schwierig zu bezeichnen ist der Beitrag von Hannes Heer „Bittere Pflicht“, der sich, frei nach Theweleit, Klein und anderen, auf die Erinnerungs- und Gedächtnisfunktionen oder auch Dysfunktionen konzentriert. Schwierig wegen seiner assoziativen Spekulationen über Texte von Kriegserzählungen, deren Analyse sofort übergeht zu psychoanalytischen Typisierungen der Erzähler, womit deren Nichtverantwortlichkeit weiter fortgesetzt wird. Hier wird nachträglich entlarvt, um den zitierten Wehrmachtsangehörigen gegenüber ihre objektive und subjektive Beteiligung ausspielen zu können. Man ist über den Aufwand dafür erstaunt. Schließlich ist Lügen ein alltäglicher Vorgang, umso mehr notwendig für Kriegsverbrecher und Massenmörder gegenüber einem möglichen, manchmal tatsächlichen Strafgericht kurz nach 1945. Hier wären Diskursanalysen der Nachkriegsjahre angebracht. Nicht Unbewußtheit, nicht Unbewußtsein, im Gegenteil, ein hoher Grad an Bewußtheit setzte Erzählungen in



Gänge, die bis heute ihren festen Platz in der österreichischen und deutschen Mentalität haben und halten.

Ob die „Erosion der Gewissenskultur“ nach 1918 zum Verständnis beiträgt, da sie ja eine Gewissenskultur vor 1918 voraussetzt, ist nur eine der zugegebenerweise interessanten Spekulationen, aber Identitätspsychologie und totale Macht, Theweleit und Kittsteiner, Kraut und Rüben ist zuviel gewollt. Wenn man das alles fassen will, mit großem Griff, dann geht sehr schnell „die Sprache flöten“. Zitat: „Sie wurden zu Plünderern, Kriminellen, Spionen, Perversen umgemodelt.“ Wie man damals halt so modelte. Eigentlich schade, wegen der interessanten Gedanken.

Wolfram Wette untersucht unter dem Titel „Rassenfeind“ die Ungenauigkeit der Feindbilder in der Wehrmachtspropaganda, wo Antisemitismus und Antislawismus miteinander eng verknüpft im hitlerischen, nationalsozialistischen und SS-Feindbild erschienen. Ob aber das jetzt nur auf Hitler allein zurückging oder nicht, bleibt unerklärt. Er zieht das Fazit: „Indem sie Elemente der rassistischen Ideologie transportierten, wurden die militärischen Befehle selbst zum Träger der NS-Propaganda.“

Weitere wichtige Beiträge kommen von Raul Hilberg, der Erforscher des Churban, Manfred Messerschmidt, Bertrand

Perz, Hans Safrian und Christian Streit. – Kaufen und lesen.
gelesen von Lajos Glücksthal

■ VERNICHTUNGSKRIEG. ■ VERBRECHEN DER WEHR- ■ MACHT 1941 BIS 1944

Ausstellungskatalog,

Hamburger Institut für
Sozialforschung (Hg.),
Hamburger Edition,
Hamburg 1996, 222 S.

Der Ausstellungskatalog dokumentiert die ausgewählten Bilder und Texte der Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht. In diesem Buch sind die Ergebnisse der Recherchen festgehalten, für die man den MitarbeiterInnen des Instituts und deren Arbeit dankbar sein muß. An Hand dreier Beispiele, dem Partisanenkrieg in Serbien, dem Marsch der 6. Armee auf Stalingrad und der Besatzung in Weißrußland, wird dem Verschweigen, dem Vertuschen und dem Verschwindenlassen von Spuren ein anderes Gedächtnis gegenübergestellt. Wer die Ausstellungen in Hamburg und Wien besucht hat, dem braucht man nichts mehr zu erzählen. Allen anderen Interessierten ist nicht nur dieser Katalog als dokumentarischer Beweis für die Verbrechen der Wehrmacht zu empfehlen, sondern auch die im September in Klagenfurt gezeigte Ausstellung des Hamburger Institutes für Sozialforschung.

gelesen von Lajos Glücksthal

■ DER NATIONALE
■ WETTBEWERBSSTAAT

Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus

Joachim Hirsch, Edition ID-Archiv, Berlin, Amsterdam 1995, 214 S., ca. öS 200,-

Joachim Hirsch geht in diesem Buch den einschneidenden Veränderungen nach, denen der Kapitalismus unterliegt, und fragt nach Auswirkungen auf Demokratie und Staat sowie nach neuen Ansätzen für politisches Handeln.

Die neu entstehende Form des globalen Kapitalismus bezeichnet Hirsch als den „nationalen Wettbewerbsstaat“. Sämtliche Prinzipien und Kategorien der klassischen bürgerlichen Demokratietheorie – Staat, Volk, Gesellschaft, Nation, demokratische Partizipation – stünden heute zur Disposition. Primäres Ziel der modernen Staaten sei nicht mehr die Sicherung dieser Strukturen, sondern die Standortsicherung als Schaffung profitabler Rahmenbedingungen für ein global operierendes Kapital.

Die drastische gesellschaftliche Veränderung bestehe darin, daß die Zivilgesellschaft selbst eine neue Form des Totalitarismus hervorbringt, der nicht mehr in erster Linie auf staatlicher Herrschaft beruht,

obwohl sich auch diese weiterhin ausweitete. Der neue Totalitarismus besteht nach Hirsch in einer Verdrängung des „Bewußtseins von der Möglichkeit und Notwendigkeit einer praktischen Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse. Gesellschaft wird in ihrer vorfindlichen Gestalt zum nicht mehr hinterfragbaren Schicksal“. Dieses Bewußtsein entsteht aus den innersten Strukturen der Gesellschaft und wird nicht von außen aufgezungen.

Als praktischen Ansatz neuer Politik schlägt Hirsch einen „radikalen Reformismus“ vor. Das heißt, ein politischer Kampf, der auf eine international verflochtene politische Selbstorganisation unabhängig von den herrschenden Institutionen begründet ist und der gleichwohl schrittweise institutionelle Reformen zum Ziel hat.

Die Beobachtung, daß der Wille zur praktischen Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse immer mehr einer angeblichen Sachzwangspolitik weicht, ist sicher richtig. Daher scheint mir auch das Anliegen des Buches, neuere Entwicklungen zu analysieren und daraus Möglichkeiten politischen Handelns abzuleiten, wichtig zu sein. Leider dominiert aber in dem Buch die Neigung zu al-

les erklärenden großen Theorien. Die Einbindung zahlreicher Einzelbeobachtungen in eine Gesamttheorie (Durchsetzung und Krise des Fordismus) geht auf Kosten der Analyse von Entwicklungen und Zusammenhängen. So verwundert es nicht, daß die vorgeschlagene neue Politik wie der alte Grundsatz „Global denken, lokal handeln“ unter Hinzunahme der modernen Vernetzung klingt.

gelesen von
Manfred Gmeiner

■ JEDER IST ANDERSWO
■ EIN FREMDER

Interkulturelle Reihe des Vereins Exil im Amerlinghaus, Band 1, Wien 1996. 288 S., öS 200,-

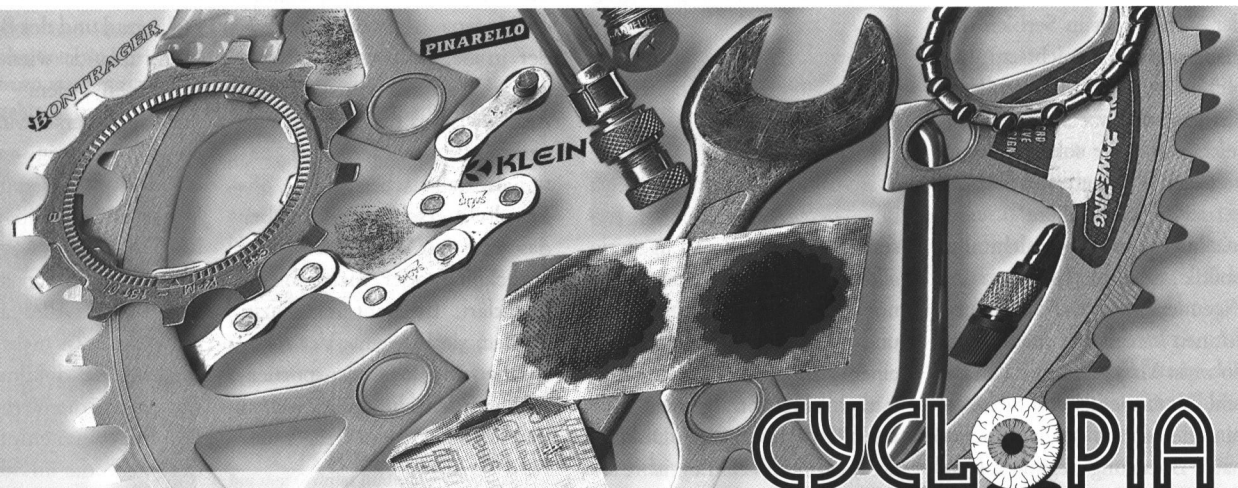
In diesem Buch sind literarische Texte sogenannter „ausländischer“ Wienerinnen und Wiener enthalten: 21 Teilnehmende der ersten Schreibwerkstatt mit ZuwanderInnen und Angehörigen ethnischer Minderheiten werden sowohl mit ihren literarischen Arbeiten als auch in Interviews vorgestellt. Einige von ihnen sind als AutorInnen bereits bekannt, haben sich, wie Milo Dor oder Serafettin Yildiz, schon vor längerer Zeit für den Beruf des Autors

entschieden. Ercüment Aytac hat vor kurzem den WORD-UP-Literaturpreis „open mike“ gewonnen. Sein Text in der 1995 erschienenen Anthologie „ICH und Ich sind zweierlei“ (Edition Aha, Wien 1995) ist mir bestens in Erinnerung. Gülmihri Aytac, von der auch die Übersetzungen aus dem Türkischen stammen, befaßt sich neben ihrer Übersetzungstätigkeit mit Kinderliteratur. Minna Pixner und Dora Schimanko schreiben aus der Position jüdischer Vertriebener, die nach Wien zurückgekehrt sind und sich mit der schmerzlichen Geschichte ihrer Familie auseinandersetzen.

Die Interviews, die Christa Stippinger als Initiatorin der Schreibwerkstatt mit den TeilnehmerInnen führte, lassen uns einen Blick auf die unterschiedlichsten Hintergründe und Lebenserfahrungen werfen. Ebenso unterschiedlich sind die Wünsche und Vorstellungen der einzelnen Schreibenden. Was ihnen allen gemeinsam ist: die Hoffnung auf Möglichkeiten für ein freundliches Zusammenleben, auf Akzeptanz und Verständnis und die eigene Bereitschaft zum Akzeptieren der sogenannten „anderen“.

gelesen von Ilse Kilic

TREK USA



Stiegengasse 20 • 1060 Wien • Tel: 586 76 33

Di.-Fr. 10⁰⁰-13⁰⁰ und 15⁰⁰-19⁰⁰, Sa. 10⁰⁰-13⁰⁰

bez. Anz.

eine rüge, bitteschön

VON MARKUS BINDER / LINZ

rüge

nachdem er sich genähert und ihm in die lippen gebissen hatte, bekam der junge soldat vom offizier folgendes zu hören: wohl wissend, daß dies zur durchführung derartiger befehle nicht unbedingt von strategischer bedeutung ist, möchte ich umso bestimmter darauf hinweisen, daß auch sie wehrmännchen sich bei dienstlichen verrichtungen ordnungsgemäß einzukleiden haben. also keine schlappen mehr. ■

bitteschön

wir waren so wie wir waren dort und gingen ins geschäft, susi, du und ich, und gingen zu einem verkäufer hin, und der verkäufer sagte: bitteschön. was soll das heissen: bitteschön, sagte einer von uns. was darf es sein, sagte der verkäufer, und bevor ihm einer von uns den Mund zuhielt, sagte je-

mand anderer von uns, was soll das heissen: was darf es sein. wollen sie etwas kaufen, sagte der verkäufer. niemand antwortete, sondern einer von uns hielt ihm den mund zu. der verkäufer wurde wild und strampelte mit händen und füssen, andere verkäufer kamen herbei, befreiten ihn und hielten uns fest. ich wurde vom krawattenverkäufer festgehalten, du vom sockenverkäufer und susi von einem anderen. der verkäufer, dem einer von uns den mund zugehalten hatte, versuchte aufzuatmen, so gut es ging. einer von den verkäufern, die uns festhielten, fragte: was hat er gesagt, bevor ihm einer von euch den mund zugehalten hat. bitteschön, sagten alle. aber das war noch nicht alles. dann hat er noch gesagt: was darf es sein. und deswegen hat ihm einer von euch den mund zugehalten, sagte der sockenverkäufer. nein, nicht deswegen, sagte einer von uns. wollen sie etwas kaufen, sagte der verkäufer, dem

einer von uns den mund zugehalten hatte. da habe ich ihm den mund zugehalten, sagte einer von uns. wir wollten nicht hören, was er sagt. deswegen hat ihm einer von uns den mund zugehalten. wieso, sagte der verkäufer, der susi festhielt. wir wollten, dass er seinen mund hält. und weil er seinen mund nicht von selbst gehalten hat, hat einer von uns ihm den mund zugehalten. einer von den verkäufern, die uns festhielten, sagte zu dem verkäufer, dem von einem von uns der mund zugehalten worden war: du hast also einfach wieder mal deinen mund nicht halten können solange, bis ihn dir jemand anderer zugehalten hat. so war es, ja so war es, sagten wir, wie wir dort waren, und umarmten hinterrücks die verkäufer, die uns festhielten, bevor wir das geschäft verliessen, in dem einer von uns demjenigen verkäufer den mund zugehalten hatte, der ihn selbst wieder mal nicht hatte halten können. ■

■ DER KLEINE ABHÖRRATGEBER Computernetze, Telefone, Kame- ras, Richtmikrofone

Backslash, Hack-tic, Jansen & Janssen, AutorInnenkollektiv Keine Panik (Hg.), inkl. Diskette mit Verschlüsselungsprogramm, Edition ID-Archiv, Berlin, Amsterdam 1996. 143 S., ca. öS 130,-

Man/frau braucht nichts „Böses“ im Schilde zu führen, und trotzdem ist es gut zu wissen, wie die Privatsphäre zu einem offenen Buch für StaatschützerInnen und sonstige zwielichtige Personen werden kann. „Der kleine Abhöratgeber“ ist kein Handbuch zum Basteln und Tüfteln, sondern ermöglicht auch Laien und Laiinnen, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen.

Franziska F. könnte beispielsweise folgende Proble-

me haben: Sie will einen E-mail-Liebesbrief an Franzi K. schicken und will nicht, daß Karli K., ihr zweiter Geliebter, diese E-mail – wie es fast immer der Fall ist – abfängt. Also schickt sie Franzi keine E-mail, sondern einen am Computer geschriebenen Liebesbrief. Da aber der eifersüchtige Karli im Haus gegenüber wohnt, weiß Franziska, daß Karli versuchen könnte, die elektromagnetische Strahlung von Franziskas Computer abzufangen, und schon hätte er das Beweisstück schwarz auf weiß auf seinem Bildschirm (Karli ist ein Tüftler!). Aber auch Franziska ist nicht von vorgestern: Nachdem sie kein Geld für einen hermetisch abgesicherten Metallschrank für ihren Computer hat, kauft sie sich sofort einen strahlungsarmen LCD-

Bildschirm, der sich nicht nur positiv auf ihre Gesundheit auswirkt, sondern auch Karli im Dunkeln tappen läßt.

Der eifersüchtige Karli hat sich nun etwas anderes überlegt, wie er ihr hinter die Schliche kommen kann. Franziska hat einen Anrufbeantworter mit einer Raumüberwachungsfunktion. Nichts ist einfacher für ihn, als Franziskas Code für den Anrufbeantworter zu knacken. Er gibt die richtige Piepstonfolge ein, und schon hört er, wie sie sich mit ihrer Freundin über das „Problem Karli“ unterhält. Auch ohne Raumüberwachungsfunktion hätte Karli kein Problem gehabt, das Karli-Problem-Gespräch mitzuhören, denn sogar das Frequenzfluten bzw. Frequency flooding ist für ihn kein Fremdwort: Über die Telefonleitung ein Hochfre-

quenzsignal schicken, und schon ist das Mikrofon im Telefonapparat oder Anrufbeantworter aktiviert.

Franziska ist mittlerweile schon einigermaßen genervt von Karlis Aktionen, kauft sich den „Kleinen Abhöratgeber“, erfährt dort, wie sie sich gegen Karli schützen kann, ohne den Kontakt zur Außenwelt abbrechen zu müssen, schickt Franzi nun jeden Tag eine E-mail, ohne daß Karli mitliest, denn sie hat ja jetzt ihre „Pretty Good Privacy“ (eine Diskette mit diesem Verschlüsselungsprogramm ist im Kaufpreis inkludiert). Franziska erfährt darüber hinaus noch viele interessante Details über verschiedene Abhör- und Überwachungsmethoden, an die Karli bisher noch nicht gedacht hat.

gelesen von Elfi Hufnagl

Die Semmel

Zeitschrift des Cartellverbandes

**Reform
der Landes-
verteidigung:
Lust aufs Heer**

**Die kurvenreiche
Heeressanitäterin**

**Im hautnahen
Kontakt zum
Heereskrafttrad**

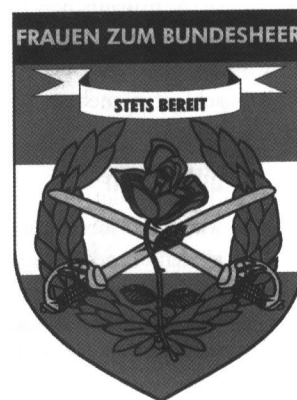
**In der Küche des
Bundesheeres:
appetitanregende
neue Aspekte**

**Liebevolle Hand-
habung des Ma-
schinengewehrs**



■ CV BEWIRBT NACKTE SOLDATINNEN

Mit einer Reportage über „Panzer-Tina“ Christine Scherzer und einem Artikel über den Softporno-„Militärkalender 96“ des Majors Resnik nähert sich die „Academia“, Zeitschrift des Cartellverbandes, in ihrer Juli-Ausgabe dem Thema Frauen im Heer an. Zum Kalender, der in Resniks Nachtlokal arbeitende Frauen mit bundesheereigenen Waffen in einschlägigen Posen zeigt, ist zu lesen: „Nach (...) dem von Terezi-ja Stoisits inszenierten Wirbel setzte ein neuer Verkaufsboom ein. Binnen weniger Tage gingen weitere 400 Stück wie die warmen Semmeln weg.“ Da wurde wohl auch den Kartellbrüdern heiß: Sie plazierten eines der „Mädels“ in voller Größe und bestem Vierfarbdruck auf dem eigenen Titelblatt. Die „Academia“, so ist zu hören, soll weggegangen sein wie die warmen Semmeln. mk



Oben: „Stets bereit“ – Logo des Vereins „Frauen freiwillig zum Bundesheer“; links: Vorschlag der ZOOM für die nächste Ausgabe der „Academia“ (die Zitate sind dem Artikel über den „Militärkalender 1996“ entnommen).

NEIN ZU FRAUEN IM HEER!

Frauen lassen sich nicht für blöd verkaufen!

Wir lassen uns vom Männerbund Militär nicht den Frauenwehrdienst als ein allgemeines Frauenanliegen einreden. Wir lassen uns nicht vorschreiben, was Gleichberechtigung ist, schon gar nicht vom Verteidigungsminister.

Der Wehrdienst wird immer unattraktiver. Jetzt wollen Wehrpolitiker auf Frauen als Lückenbüßerinnen zurückgreifen.

Frauen verdienen im Durchschnitt ein Drittel weniger als Männer. Die billige Arbeitskraft ist jetzt auch im Heer gefragt. Das Heer als normaler Arbeitgeber bedeutet für langzeitarbeitslose Frauen eine mögliche Verpflichtung zur „Berufssoldatin“, um die Arbeitswilligkeit zu beweisen. Das Budget für die Anschaffung von Waffen könnte – als konstruktiver Beitrag der Regierung – für Programme gegen Frauenarbeitslosigkeit verwendet werden.

Neben einigen weiblichen Vorzeigeeffizierinnen werden Frauen in anderen Armeen vorwiegend im Sanitätsbereich, in der Versorgung und im Stabswesen eingesetzt.

Laut Umfragen des Verteidigungsministeriums in den USA sind 64 % der Soldatinnen sexuellen Übergriffen ausgesetzt.

Das Bild der Frau als Mutter und Fürsorgerin soll durch die Verplanung in Militarisierungs- und Kriegsstrategien ergänzt werden. Die Öffnung des Heeres für Frauen ist der erste Schritt zu einer Verpflichtung für ein soziales Jahr.

GLEICHBERECHTIGUNG GEHT ANDERS!

Name:

Adresse:

Beruf/Organisation:

Unterschrift:

☐ Ich möchte weitere Informationen über Frauen und Militarismus

- **Rücksenden an:** Alternativreferat der Österreichischen HochschülerInnenschaft; Liechtensteinstr. 13, 1090 Wien.
- Dieser Appell wird mit der Einzahlung von öS 300,— pro Person in Tageszeitungen veröffentlicht.

Konto: Arge für Wehrdienstverweigerung; KtoNr.: 10010 670 581; Bawag 14000.



Armeeabschaffungswein

Weiß:	Chardonnay	85,-
	Riesling Sylvaner	90,-
Rot:	Pinot Noir	85,-
	Blauer Portugieser	90,-
Sekt:	weiß oder rosé	190,-
Glöger-Brand		190,-

Armeeabschaffungswein gibt es bei der Arge für Wehrdienstverweigerung; Preise zzgl. Versandkosten oder Selbstabholung (vorzugsweise Do 14-17 Uhr); Mengenrabatte.

Impressum

Medieninhaberin: Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit;
Schottengasse 3A/1/59,
A-1010 Wien, ©: +43-1-535 11 06,
Fax: +43-1-532 74 16,
E-Mail: ZOOM@thing.or.at
Redaktion: Günther Castanetti,
diE nOT, Gerold Ecker, Manfred Gmeiner, Julia Hošek, Elfi Hufnagl, Markus Kemmerling, Ilse Kilic, Alexander Lehar, Alfred Pranzl, Andreas Rieder und Peter Steyrer.
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Markus Binder, Birgit Hebein, Glücksthal Lajos, Christian Mokricky, Dorothee Piermont und Christoph Riedl.
Titelfoto: diE nOT

Layoutentwurf: Anita Frühwirth, Gerald Waibel

Layout: Andreas Rieder

Hersteller: resch & vana, Lichtg. 10, 1150 Wien.

Erscheinungsweise: 8 x jährlich,

Einzelpreis: 35,-; Abo: 250,-/Jahr;

Ausland: 350,-/Jahr (50,- DM; 45,- SFr), bitte bar zusenden.

Konto: 10010 670 573

bei BAWAG, BLZ 14000.

Die **ZOOM** ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

Flugblätter etc. werden als Dokumente aufgenommen und sind Bestandteil der **ZOOM**. Soweit diese Impressi tragen, haben sie keine Gültigkeit, es gilt lediglich das Impressum der **ZOOM**.

Mit der Verlängerung des Zivildienstgesetzes Ende 1995 wurde eine Regelung verlängert, die vielen Zivildienstwilligen das Recht auf Wehrdienstverweigerung nahm. Auch die Einigung der Koalitionspartnern über die – für dieses Jahr geplante – Zivildienstgesetzesnovelle schafft keine befriedigende Lösung.

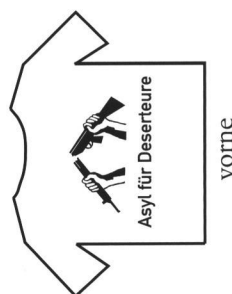
BürgerInneninitiative / Petition

Freiheit für das Gewissen!

Für die Neufassung des Zivildienstgesetzes fordert der/die UnterzeichnerIn von den Parlamenten abgeordneten:

- Keine Einschränkung der Gewissensfreiheit.
- Die Abgabe einer Zivildiensterklärung muß jederzeit möglich sein!
- Gleiche Dauer von Wehr- und Zivildienst (= acht Monate)!
- Der Aufschub aus Gründen der Berufsausbildung muß bleiben – jetzige Regelung beibehalten!
- Gleiche Entlohnung von Wehr- und Zivildienern!

Unterschrift



vorne



hinten

T-Shirt „Asyl für Deserteure“

(grau meliert, Schrift orange)

☐ 1 Stück à 150,- ☐ 2 Stück nur 250,-

gewünschte Größe(n) (XL oder XXL):

☐ **Langarm T-Shirt** „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerin“, schwarz, beidseitig vierfarbig bedruckt à 250,-

Gewünschte Größe (S, L oder XL):

☐ **Plakat** „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerer“ à 25,-

☐ **Kondome** „Keine Soldaten für ‚UnserHeer‘“ (3 Stück) à 20,-

☐ **Anstecknadel** „Zerbrochenes Gewehr“ à 25,-

☐ **Weinkarte** (gratis)

Preise zzgl. Versandkosten.

Vernichtungskrieg Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944

Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung

6. September bis 6. Oktober

Klagenfurt, Ritter-Kunsthalle

Parallelveranstaltungen:

- Internationales Symposium: „Die Waffen-SS: Ideologie–Struktur–Wirkungsgeschichte“; 5. und 6. 10., 10–18 Uhr; Künstlerhaus/Kulturverein Kärnten
- Ausstellung „Verfolgung und Widerstand in Kärnten“ von Werner Hofmeister und Vornelius Kolig; Künstlerhaus
- Lesungen aus Feldpostbriefen von Soldaten und Abschiedsbriefen von Widerstandskämpferinnen aus Kärnten
- Vorträge von Robert Knight („Entnazifizierung in Kärnten“), Peter Gstettner („Abwehrkapf gegen die Erinnerung. Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Kärnten“), Bertram Perz („Globocnik und die Kärntner in Lublin“)
- Alpe-Adria-Historikergespräch: „Die Region im Zweiten Weltkrieg“ mit Karl Stuhlpfarrer (Wien), Tone Ferenc (Laibach) und Elio Apih (Triest)
- Kärntner Historikergespräch, Diskussionen, Videos und Kino
- Workshops mit LehrerInnen, SchülerInnen, ZeitzeugInnen und ErwachsenenbildnerInnen
- Musikalische Beiträge: Dieter Kaufmann, Günther Mattitsch und Sandra Kreisler

Detailliertes Programm ab Mitte August im Künstlerhaus, ☎: 0463/553 83

Vor- und Zuname

Straße

Ort

Geburtsdatum (notwendig, um Petition als Bürgerinitiative im Parlament einzubringen)

Informationen und Petitionslisten:

Netzwerk Gewissensfreiheit

☎: 0222/533 72 71

Fax: 0222/532 74 16

Black•Box

E-Mail: ZOOM@thing.or.at



Netzwerk Gewissensfreiheit

Schottengasse 3A/1/59

1010 Wien

Alternativreferat der Österreichischen HochschülerInnenschaft

bez. Anz.

An:

Jetzt ZOOM abonnieren:

- ☐ Jahresabo zum Preis von öS 250,- für 8 Ausgaben (Ausland öS 350,-)
- ☐ Förderabo zum Preis von öS 700,-
- ☐ gratis Probenummer
- ☐ Broschüre „Einsatz in Bosnien“ à 35,-

Ich zahle den Betrag auf das BAWAG-Konto
10010670573 BLZ 14000, Kennwort **ZOOM**-Abo, ein.

Name

Straße

Ort

Datum

Unterschrift



Bitte ausreichend
frankieren

An
ZOOM
Schotteng. 3A/1/59
A-1010 Wien

P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1010.
Bei Unzustellbarkeit retour an **ZOOM**, Schotteng. 3A/1/59, 1010 Wien.